

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 32, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3167

Inhalt:

Vertragliche Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen Gemeinden und ihren Arbeitern durch allgemeine Arbeitsordnungen. — Die Kieler Vohnbewegung. — Die Lage der Leipziger Friedhofsarbeiter und Arbeiterinnen. — Die Verwendung der Mochliste in der Gasfiche. — Thüringen, du holdes Land! — Nochmals Renommierchristen. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Verbandsstell. — Versammlungskalender.

Vertragliche Regelung des Arbeitsverhältnisses zwischen Gemeinden und ihren Arbeitern durch allgemeine Arbeitsordnungen.

Wir entnehmen die nachfolgende Zusammenstellung des Herrn Magistratsassessors H. A. Berlin den Nummern 40 und 41 der „Sozialen Praxis“. Im Gegensatz zum Verfasser können wir das Gesamtbild einweilen nicht gerade als ein erfreuliches bezeichnen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß viel früher und viel mehr auf diesem Gebiete hätte geübt werden können seitens der deutschen Stadtgemeinden. Zur Information für unsere Kollegen wird das im nachstehenden gebrachte Material immerhin gute Dienste leisten. Besonders unsere Berliner Kollegen und alle sozial gesinnten Stadtväter müssen immer wieder die Forderung auf eine allgemeine Arbeitsordnung erheben, damit die „rückständige Stadt der Welt“ sich endlich geregelter Verhältnisse erfreuen kann. Aber auch sonst sind zahlreiche größere Stadtgemeinden, die sich trotz wiederholter Anträge seitens unserer Organisation noch immer sträuben, eine Regelung einzutreten zu lassen. Wir erneuern deshalb die Mahnung an alle organisierten Kollegen, die Forderung auf allgemeine Arbeitsordnungen nicht aus dem Auge zu verlieren und sich nicht durch etwaige Ablehnungen abschrecken zu lassen. Wo aber bereits eine Arbeitsordnung besteht, ist auf Verbesserung und Ausgestaltung fortgesetzt hinzuwirken.

I. Allgemeines. Eintritt und Kündigung. Dienstpflichten. Arbeiterausschüsse.

Ein in sozialpolitischer Beziehung erfreuliches Bild bietet das Bestreben deutscher Großstädte und selbst einzelner kleiner Gemeinden, ihre Arbeitsverträge mit sämtlichen Arbeitern durch Erlaß allgemeiner Arbeitsordnungen einheitlicher zu gestalten und in diesen den Arbeitern einen Anspruch auf Vieles zu geben, dessen Gewährung sonst von ihrem freien Willen abhing.

Eine solche allgemeine Arbeitsordnung hatten um die Wende des Jahres 1906 bereits 18 von den 46 deutschen Städten über 100 000 Einwohnern. Davon entfielen auf

die 5 Städte über 500 000	2 (München, Dresden).
3 „ „ 300 000	3 (Breslau, Köln, Frankfurt a. M.).
11 „ „ 200 000	3 (Stuttgart, Magdeburg, Charlottenburg).
11 „ „ 150 000	2 (Straßburg i. E., Mannheim).
11 „ „ 100 000	5 (Aachen, Schöneberg, Vöfen, Karlsruhe, Wiesbaden).
5 „ „ 90 000	3 (Augsburg, Mühlhausen i. E., Mainz).

Von kleineren Städten sind besonders Ludwigshafen, Würzburg, Heidelberg, Regensburg, Gotha, Dessau zu nennen. Von den übrigen Großstädten hatten vielleicht 5 bis 6 allgemeine Arbeitsordnungen in Vorbereitung, während die anderen das eine oder andere Gebiet der Arbeiterbestimmungen durch allgemeingültige Anordnungen geregelt haben. Dabei schließt die allgemeine Arbeitsordnung besondere, für die einzelnen Betriebe erlassene Arbeitsordnungen, die ja die Gewerbeordnung für die gewerblichen Betriebe vorschreibt, nicht aus; diese enthalten dann die für die Sonderbetriebe nötigen Vorschriften.

Von dem Prinzip der Allgemeingültigkeit werden in den allgemeinen Arbeitsordnungen sowohl generell, als auch für bestimmte Vorschriftengruppen nur wenige Ausnahmen gemacht (besonders bezüglich nur vorübergehend angenommener, jugendlicher und Notstandsarbeiter). Viele Arbeitsordnungen lassen bedauerlicherweise im Zweifel, ob sie auch für die weiblichen Angestellten, und in welchem Umfange, gelten.

Die Arbeitsordnungen unterscheiden gewöhnlich zwischen ständigen und nichtständigen Arbeitern, ohne daß ein durchgehender Zweck der Unterscheidung zu erkennen wäre. Dies ergibt sich schon aus der Zeit, die ein Arbeiter im städtischen Dienste gestanden haben muß, um ständiger Arbeiter zu werden. Der erste und größte Teil erfordert nun eine kurze Probezeit (bis zu 1 Jahr), der zweite eine Beschäftigungsdauer von 2 bis 3 Jahren, während 1 Städte eine solche von 5 oder 10 Jahren verlangen. Die erste Kategorie, die die Ständigkeit bloß zum Ausdruck einer Anwartschaft auf dauernde Beschäftigung macht, wird wohl den Vorzug vor den beiden übrigen verdienen. Man kann sich wenigstens des Eindrucks nicht erwehren, daß eine Unterscheidung, die erst nach 2 bis 10 Jahren eintritt, künstlich gemacht ist.

Die Eigenschaft als ständiger Arbeiter bringt die ausschließliche Geltung gewisser Vorschriftengruppen der günstigeren Arbeitsbedingungen mit sich und zwar meistens bezüglich der Kündigung und Altersversorgung, in vielen Städten bezüglich der Lohn- und Krankheits- usw. Fällen, der Wahl oder Wählbarkeit zum Arbeiterausschuß, und des Urlaubs, in einzelnen Städten auch hinsichtlich des Lohns.

Die meisten Arbeitsordnungen machen zur Voraussetzung der Dienststellung: Gesundheit und Mäßigkeit, Mäßigkeit und Unbescholtenheit des Arbeiters, die nötigenfalls durch Zeugnisse zu belegen sind. Auch kommt das Erfordernis des Wohnsitzes oder armenrechtlichen Unterhaltungswohnsitzes in der Gemeinde, eines bestimmten Hochalters, der Vermittlung der städtischen Arbeitsstelle, der Angehörigkeit zu einem der deutschen Bundesstaaten und die Bevorzugung verheirateter Arbeiter vor.

Der Dienstvertrag wird vorwiegend durch schriftliche Anerkennung der Arbeitsordnung, seltener durch Aufnahme einer Annahmeverhandlung oder durch Unterzeichnung eines ausführlichen Dienstvertragsformulars geschlossen. Dabei müssen die Invaliden- und Krankenversicherungspapiere und das Arbeitsbuch jugendlicher Arbeiter vorgelegt werden.

Die meisten Arbeitsordnungen lassen zunächst sofortige Entlassung oder eintägige Kündigung der Arbeiter zu, bestimmen dann aber nach Erreichung der Ständigkeit oder auch einer gewissen Zeit, die bloß in fünf Städten größer ist als 1 Jahr, die Einhaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist, in einigen Fällen auch einer achtstägigen oder vierwöchigen. Hervorzuheben ist die

besondere Bestimmung Karlsruhes, wonach über die Kündigung ein unter Mitwirkung des Arbeiterausschusses gebildeter Disziplinarrat entscheidet.

Ueber diese Vorschrift hinaus beschränken einige Städte die Kündigung eines altersverfähigkeitsberechtigten oder doch längere Jahre im Dienste der Gemeinde stehenden Arbeiters und die eines Arbeiterausschussmitgliedes dadurch, daß sie sie von einer Entschädigung höchster Instanz, von einer längeren Kündigungsfrist oder von schwerem Verstoß gegen die Dienstpflichten abhängig machen. Auch besteht in zwei Städten die Vorschrift, daß einem längere Zeit beschäftigten Arbeiter, der ohne sein Verschulden aus dem Dienst entlassen werden muß, der halbe oder ganze ihm zustehende Ruhegehalt bis zum Nachweis einer anderen Arbeitsgelegenheit zu zahlen ist. (Berlin, Straßburg.) (Diese Bestimmung steht in Berlin jedoch nur auf dem Papier und ist unseres Wissens noch nie in Kraft getreten! D. Red.)

Einem im Dienste arbeitsunfähig gewordenen Angestellten soll nicht gekündigt werden, sondern er soll an einer anderen Stelle zu leichteren Arbeiten herangezogen werden, wobei die Arbeitsordnung von Ludwigshafen ihn in seinem alten Lohnbezüge beläßt und ihm unter Umständen die Lohnsteigerungen desselben zuerkennt. Endlich soll Arbeitern nach zwei Arbeitsordnungen wegen ihrer politischen und gewerkschaftlichen Betätigung nicht gekündigt werden. (Potsdam, Straßburg.)

Die sofortige Entlassung oder Arbeitsniederlegung ist aus wichtigen Gründen erlaubt, von denen die Arbeitsordnungen verschiedene Fälle -- meist die der §§ 123, 124a der Gewerbeordnung -- anführen. Ist sie ungerechtfertigt, so verpflichtet sie die Stadt oder den Arbeiter zur Schadenersatzleistung, die einige Städte im Anschluß an § 124b der Gewerbeordnung mit einem einwöchigen Durchschnittslohn nach oben begrenzen. Die eingehenden Schadenersatzbeträge verwenden sie im Interesse der Arbeiter. Wegen die sofortige Entlassung steht den Arbeitern die Beschwerde zu.

Von den Dienstpflichten und Verboten, die die Arbeitsordnungen in breiter, mannigfach variierender Aufzählung enthalten, interessieren hier vielleicht die in vielen Arbeiterstatuten vorkommenden Verbote der Privatarbeit für städtische Beamte mit oder ohne Bezahlung, Verbote oder Beschränkungen des Galtens einer Wirtschaft oder des selbständigen Gewerbebetriebes, Verbote des Konsums geistiger Getränke (besonders Branntwein), des Retirens von Wirtschaften, auch des Rauchens während der Arbeitszeit.

Die Verletzung der Dienstpflichten ist unter Vertragsstrafen gestellt. Von diesen kennen die Arbeitsordnungen: Verweis oder Verwarnung; Geldstrafe, die meistens im Anschluß an § 134b II der Gewerbeordnung geregelt ist (gewöhnliche Fälle 1/2 Tagelohn, gewisse schwere Fälle ganzer Tagelohn). Die Geldstrafen werden zugunsten der Arbeiter verwendet (Arbeiterunterstützungsfonds). Vereinzelt kommen vor: Enthebung vom städtischen Dienst für gewisse Zeit; Verweisung in die nächst niedere Lohnklasse. Gegen die Strafen, die meist urkundlich zu machen sind, steht den Arbeitern die Beschwerde bis zur höchsten städtischen Instanz offen.

Die Arbeiterausschüsse, die in den meisten Städten bestehen, haben den doppelten Zweck, den Arbeitern zu ermöglichen, durch selbstgewählte Vertreter Beschwerden und Wünsche vorzutragen und über die von der Stadtverwaltung ihnen vorgelegten Fragen sich gutachtlich zu äußern. Besonders bestimmen einige Städte, daß sie die Verwaltung bei der Regelung der Arbeiterverhältnisse unterstützen sollen, oder daß sie über Abänderungen der Arbeitsordnung gutachtlich zu hören seien. Zur aktiven Wahl sind im allgemeinen die volljährigen Arbeiter berechtigt, ohne daß von ihnen eine bestimmte Dienstzeit verlangt wird, während zur Wahlbarkeit in der Regel ein Lebensalter von 25-30 Jahren, ein Dienstalter von 3-5 Jahren erfordert wird. Gewöhnlich bestehen mehrere Arbeiterausschüsse, die die Stadtverwaltung unter einem von ihr bestimmten Vorsitzenden zu gemeinsamer Beratung zusammenberufen kann. Eine selbständige Gesamtvertretung der verschiedenen Arbeiterausschüsse kennt bloß Straßburg.

Schließlich muß noch auf eine Bestimmung in der Arbeitsordnung dieser Stadt, die sich sonst nicht findet, aufmerksam gemacht werden. Das Gewerbegericht wird unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges als Schiedsgericht für Streitigkeiten, die sich aus den Arbeiterstatuten ergeben, anerkannt. In der Tat muß es als eine logische Konsequenz des engen Anschlusses der Arbeitsordnungen an die Gewerbeordnung bezeichnet werden, daß auch für die städtischen Arbeiter die Besonderheiten und Erleichterungen des Verfahrens vor den Gewerbegerichten gelten.

Die Kieler Lohnbewegung

hat nun doch, und zwar kurz vor dem Ausbruch ersterer Differenzen, zu einem Resultat geführt. Den von den Kollegen gehegten Erwartungen entspricht es freilich nicht. Man hat eben lediglich eine Lohnzulage gewährt, die fürs Jahr insgesamt 51 000 Mk. ausmachen soll. Das Gros der städtischen Arbeiter hat ab 1. Juli d. J. eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Tag erhalten, mehrere Kategorien hat man hiervon aber noch ausgeschlossen. So haben z. B. die bei der geradezu elektrisierenden Beschäftigung in der Eisenerie der Kältenabfuhr tätigen Frauen keinen flüchtig Aufbesserung zugefanden bekommen. Die Melortenkücher der Gasanstalten, die Handwerker, Monteurs, die meisten Flagarbeiter, Hohlleger, angelernte Arbeiter und Boten beim Betrieb, sowie die Lagerarbeiter beim Vertrieb der Licht- und Wasserwerke sind gleichfalls leer ausgegangen. Die ganze Zulage ist also für die Kieler Verhältnisse nicht gerade bedeutend. Wohl erkennen wir die Lohnerhöhung als solche an, aber wir halten uns auch für verpflichtet, zu zeigen, was nicht erfüllt ist. Zur besseren Uebersicht fügen wir deshalb den jetzt geltenden Lohnsatz im Vergleich mit den seither gebräulichen und von den Arbeitern geforderten Löhnen am Schlusse des Artikels an.

Wenn die Mehrzahl der Kollegen nun auch jetzt in der Lohnfrage auf einige Zeit zufrieden gestellt ist, so hat aber doch die Ablehnung der Verkürzung der Arbeitszeit überall den größten Unwillen hervorgerufen. Man hat zwar beschloffen, den Schichtarbeitern der Gasanstalten anstatt des zwölfstündigen Betriebes die zehn Stundenarbeit zu geben, hat dabei aber ohne Zweifel vergessen in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise eine derartige Einteilung durchführbar wäre. Unseres Erachtens ist das nur eine papierne Verfügung, die für die Praxis nichts bedeutet, da die Aushilfskräfte fehlen und die Gasproduktion doch nicht täglich zweimal zwei Stunden vollständig still liegen kann. Eine Verbesserung der Dinge kann das demnach nicht sein. Von der „besseren“ Regelung der Arbeitszeit haben die Gasarbeiter jetzt zur selben Zeit, als ihnen die Lohnzulagen versündet wurden, einen eigenartigen Vorgeschnack bekommen. Es wurde ihnen nämlich erklärt, daß die bisher im Sommer von 6 bis 6 und im Winter von 7 bis 5 Uhr währende Arbeitszeit nunmehr für Sommer und Winter gleichmäßig von 7 bis 7 Uhr dauern solle. Ein Kollege, welcher hiergegen Einspruch erhob, erhielt kurzerhand seine Entlassung; ein anderer ging auf Grund dieses von selbst. Die Gasarbeiter richteten infolgedessen Beschwerde beim Stadtrat ein, über die Antwort ist uns leider nichts bekannt.

Aber auch die Anerkennung der Organisation der Arbeiter, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, hat man nicht beliebt. Verhandlungen mit diesem wurden rundweg abgelehnt, natürlich unter Hinweis auf das Fehlen der Arbeiterausschüsse. Diese sind jedoch in dieser Sache gar nicht weiter in Aktion getreten. Man gibt wohl an, nur mit „seinen“ Leuten verhandeln zu wollen, gefragt werden sie aber trotzdem nicht. Den Herrenstandpunkt verläßt man eben in diesen Kreisen nicht gern. Es wird einfach beschlossen und verfügt: Das bekommt Ihr, wenn's Euch nicht paßt, kommt Ihr gehen. Eine solche Anerkennung der Arbeiter, als gleichberechtigten Faktor beim Abschluß von Arbeitsverträgen, verstehe wer kann, wir können bei derartigen Gespläthen uns des Gedankens nicht enthalten, daß die Arbeiterausschüsse nur Dekorationsstückchen für die Stadtverwaltungen bilden sollen.

Wie steht es nun mit den übrigen Wünschen der Arbeiter? Ihr Vergehren nach besserer Bezahlung für Überarbeit, die Lieferung von Arbeiteranzügen und warmen Getränken für die Gasarbeiter, Regenröde für die im Freien tätigen Arbeiterkategorien, Wassertriefel bei Tiefbauarbeiten usw. sind wohl nur übersehen worden? Oder sollte es hier vielleicht auch so sein wie bei dem Aufenthaltsraum, der Badeeinrichtung und den Kleiderbüden für die Arbeiter des Wasserwerkes Schulfensee? Zur Einführung beschlossen und auch vorgesehen sind sie schon im Vorjahre, aber zu jenen ist davon heute noch nichts. An ein Schneidentempo bei Erledigung derartiger Wünsche der Arbeiter ist man ja bald allenthalben gewöhnt, hier in diesem Fall werden jedoch an die Arbeiter ziemlich große Ansprüche von Geduld gestellt. Nachdem wir diese Dinge der Vergessenheit entrissen haben, darf man sicherlich erwarten, daß auch die Stadtverordneten und der Magistrat diese berechtigten Verlangen würdigen und für Durchführung derselben sorgen.

Bei Behandlung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den städtischen Kollegen hat sich gezeigt, daß Eingaben von Arbeitern doch anders behandelt werden wie Petitionsanträge. Erstere lassen sich zumeist in die Länge ziehen, letztere hingegen lassen flotteres Tempo. Für Arbeiter hat man auch nicht immer die offene Hand wie bei Bewilligungen für die Kieler Woche oder sonstigen patriotischen Anläßen. Im Stadtverordnetenkollegium wurde da besonders die Dekunassfrage für die Lohnzulagen angeschnitten, um die man sich in anderen Fällen nicht so eingehend kümmert. Ein Herr Niepa bezeichnete die Zulagen sogar als Wohltaten, ihm wurde zwar selbst von bürgerlicher Seite ent-

gegengetreten, der Auspruch an sich zeigt aber schon zur Genüge, daß man glaubt, den Arbeitern Wohlthaten zu erweisen und nicht seinen sauer verdienten Lohn zu geben. Wie nicht anders zu erwarten, wurde unter Bezug auf die Anerkennung der Organisation wieder das alte Lied vom Verhören durch die Agitatoren angeschnitten.

Die Vertreter der Arbeiterschaft im Kollegium, Genosse Adler und Seegen, stellten sich in Anbetracht dessen, daß fast die Gesamtheit der Stadtverordneten für die Lohnzulage, nicht aber für die Arbeitszeitverkürzung und die Anerkennung der Organisation waren, auf prinzipiellen Standpunkt und lebten die Vorlage des Magistrats ab mit Einzigung der Erklärung, daß sie, als Vertrauensleute der Arbeiter, derartig minimalen Zugeständnissen ihre Zustimmung nicht geben könnten. In der Debatte wurde auch darauf verwiesen, daß unter den städtischen Arbeitern, wegen des langen Einzehens dieser Veratungen, ziemlich feste Gewährung herrsche und starke Neigung zum Streiten gewesen sei. Auf diese Ausführungen hin konnte es der Herr Oberbürgermeister nicht unterlassen, zu erklären, daß er, wenn ihm von einer Streikandrohung etwas zu Gehör gekommen wäre, er ganz entschieden gegen die Vorlage gewesen wäre. Dem Herrn Oberbürgermeister ist es wohl jedenfalls ganz entfallen, daß unser Verbandsvorsitzender Mohs ihn aus Anlaß des Erntes der Situation speziell aufgesucht und ihm die Lage der Dinge vorgelegt hat. Natürlich zogen auch andere Stadtvertreter über unsere Freunde her, dabei betonend, daß viel jetzt hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse seiner Arbeiter, an der Spitze der deutschen Städte maridiere. Diesen Nachweis zu führen blieben die Herren aber schuldig. Die Kollegen waren mit der getroffenen Regelung der Verhältnisse jedoch nicht zufrieden. Sie protestierten ganz energisch dagegen und beschloßen in der hierzu einberufenen Versammlung nach einem Referat des Kollegen Alb. Mohs, Berlin und nach lebhafter Diskussion nachstehende Resolution:

„Die heute, am 6. Juli, im „Molliseum“ tagende öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter nimmt die von der Stadtverwaltung ausgesetzte Lohnhöhung als Abblagszahlung entgegen. Sie erklärt jedoch, daß die Zugeständnisse völlig ungenügend und für einzelne Branchen überhaupt keine Verbesserungen gegeben sind. Ganz besonders bedauert aber die Versammlung, daß keine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt ist, die Lohnzahlung nicht wöchentlich geschieht und ferner die Organisation der städtischen Arbeiter, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, nicht anerkannt wurde. Protest erhoben wird gegen die mehr als fonderbare Arbeitszeitverlängerung für die Gasarbeiter und gegen die Entlassung eines sich gegen diese Maßnahme wendenden Kollegen. Bei dieser Sachlage halten die Anwesenden es für durchaus verständlich, wenn die sozialdemokratischen Stadtverordneten gegen die Magistratsvorlage stimmen haben. Sie halten vielmehr die Ablehnung für korrekt in Wahrung unseres prinzipiellen Standpunktes. Aus diesem Grunde sprechen die Anwesenden den Stadtverordneten Adler und Seegen ihr vollstes Vertrauen aus. Als bestes Mittel zur Verbesserung ihrer Lage und als beste Antwort auf die Maßnahmen des Magistrats sieht die heutige Versammlung den Ausbau und die Stärkung ihrer Organisation an, und es versprechen die Anwesenden, hierfür nach Kräften zu streben.“

Weitergehende Beschlüsse wurden der am nächsten Tage stattfindenden Mitgliederversammlung und der Vertrauensmännerkonferenz überlassen. Dort wurde dann bestimmt, daß eine Kommission von 6 Arbeiterausführenden Mitgliedern in Gemeinschaft des Ratsvorsitzenden beim Oberbürgermeister vorstellig werden sollten. Vorgelassen wurden nur drei und zwar beim Stadtrat Krebse. Dieser sagte zu, die Beschlüsse zu prüfen. Die Kollegen wollten aber etwas Positives haben. Die Gasarbeiter hatten daher nochmals eine Besprechung mit dem Stadtrat, wobei ihnen wenigstens zugesichert wurde, daß der Nachschuß am 1. April 1908 gegeben werden sollte. Dies das vorläufige Resultat der Lohnbewegung, das wenn auch nicht allen Wünschen entsprechend, so doch sicherlich ein kleiner Fortschritt für die Kollegen ist. Möge jeder einzelne dafür sorgen, daß der Kreis unserer Mitglieder in Miel noch größer und noch immer fester gefügt werde, damit wir allen Eventualitäten gegenüber gewappnet sind.

A. M.

In der Begründung der Vorlage sagt der Magistrat: „Auf Vorschlag der Beschlusseskommission und mit Zustimmung der Kammer haben wir uns dahin schließend gemacht, die Lohnsätze der städtischen, auf Tagelohn angestellten städtischen Arbeiter vom 1. Juli d. J. ab zu erhöhen. Die Art und Weise der von uns vorgeschlagenen Lohnaufbesserung ergibt sich aus der Tabelle. Als „ständiger“ Arbeiter soll derjenige betrachtet werden, welcher wenigstens drei Monate im städtischen Betriebe tätig gewesen und daraufhin „ständig“ als ständiger Arbeiter angenommen ist. So wie in der anliegenden Tabelle eine Staffelnung der Löhne vorgesehen ist, beginnt die Berechnung des Dienstalters mit dem 1. Juli

1907. Mit der Annahme unseres Vorschlags wird für den laufenden Etat ein Mehrbedarf von ungefähr 51 000 Mk. eintreten. Bei Berechnung dieser Summe ist mit berücksichtigt worden, daß auch die Löhne einiger auf Dienstvertrag angestellter städtischer Arbeiter, den für die Tagelohnarbeiter vorgeschlagenen Löhnen entsprechend, erhöht werden müssen.“

Lohntarif.

Gruppe	Seitheriger Lohn	Von d. Arbeitern beantragter Lohn	Ab 1. Juli geltender Lohn
1. Arbeiter im Tiefbauamt und der Stadtgärtnerei.			
Arbeiter im Tiefbauamt und der Stadtgärtnerei	3,40 Mk. steig. v. 3 zu 3 Jahr. mit 20 Pf. f. d. Tag bis 4 Mk.	3,60 Mk. im 2., 3., 4., 6., 8. u. 10. Jahre Zulage 20 Pf. für d. Tag bis 4,90 Mk.	Anfangslohn 3,80 Mk. nach 2 Jahren 4,00 Mk.
Gärtnergehilfen	3,60 Mk. Steigerung wie oben bis 4,20 Mk.	3,90 Mk. Steigerung wie oben bis 5,00 Mk.	Anfangslohn 4,00 Mk. nach 2 Jahren 4,20 Mk.
Kanalarbeiter beim Tiefbauamt	4,00 Mk.	—	Lohn 4,20 Mk.
Vorarbeiter und erste Gehilfen der Stadtgärtnerei	—	—	Anfangslohn 4,20 Mk. nach 2 Jahren 4,40 Mk.
2. Arbeiter in der Straßenreinigungsanstalt usw.			
Fahrer und Auflader bei den Kälbleimerwagen	4,50 Mk.	4,50 Mk. Steigerung wie oben bis 5,70 Mk.	Lohn 4,70 Mk.
Fahrer und Auflader bei d. Müllleimerwagen	4,50 Mk.	4,50 Mk. Steigerung wie oben bis 5,70 Mk.	Lohn 4,70 Mk.
Schlosser, Feiger, Schmiede, Vorarbeiter in der Eimerhülerei (Poudrettefabrik)	4,50 Mk.	4,50 Mk. Steigerung wie oben bis 5,70 Mk.	Lohn 4,70 Mk.
Feiger, Schlosser, Maschinenwärter, Vorarbeiter in der Müllverbrennungs-Anstalt	4,50 Mk.	4,50 Mk. Steigerung wie oben bis 5,70 Mk.	Lohn 4,70 Mk.
Führer bei der Straßenrein.-Anstalt	4,50 Mk.	4,50 Mk. Steigerung wie oben bis 5,70 Mk.	Lohn 4,70 Mk.
Vorarbeiter bei der Straßenrein.-Anstalt (mit Rücksicht auf die stellb. Vorarbeiter, die 4,40 Mk. erhalten)	4,40 Mk.	—	Lohn 4,50 Mk.
Apparatenwärter in der Eimerhülerei der Poudrettefabrik	4,20 Mk.	Arbeiter bei der Poudrettefabrik 4,20 Mk., Steigerung wie oben bis 5,40 Mk.	Lohn 4,40 Mk.
Mehrmalsmaschinenfahrer, Arbeiter bei Abfahren des Straßenleichts, Kanal- und Schlammreiniger, Arbeiter zur Reinigung der Bedürfnisanstalten, stellb. Vorarbeiter in der Straßenrein.-Anstalt	4,20 Mk.	Rechtsfeger und Maschinenfahrer: 4,20 Mk., Steigerung wie oben bis 5,40 Mk. Straßenfeger: 3,80 Mk., Steigerung wie oben bis 5,00 Mk. Kanalarbeiter u. Waggerleute: 4,20 Mk., Steigerung wie oben bis 5,40 Mk.	Lohn 4,40 Mk.
Messelwärt., Schlackenfahrer, Flugstaubfabr., Fenslopfen, Arbeiter in der Eimerhülerei der Müllverbrenn. Anstalt	4,00 Mk.	4,20 Mk. Steigerung wie oben bis 5,40 Mk.	Lohn 4,20 Mk.
Molennenarbeiter der Straßenrein.-Anstalt	3,80 Mk.	3,90 Mk. Steigerung wie oben bis 5,00 Mk.	Lohn 4,00 Mk.
Arbeiterinnen in der Eimerhülerei (der Poudrettefabrik u. der Müllverbrenn. Anst.)	2,50 Mk.	2,50 Mk. Steigerung wie oben bis 3,70 Mk.	Lohn 2,50 Mk.

Gruppe	Zeithetiger Lohn	Von d. Arbeitern beantragter Lohn	Ab 1. Juli geltender Lohn
3. Arbeiter in den Licht- und Wasserwerken.			
Flagarbeiter, Erdarbeiter und Nachwächter beim Vertrieb	3,40-4,00 Mk. Erdarbeiter 3,50-4,00 Mk.	Erd- und Flagarbeiter 3,80 Mk. Steigerung wie oben bis 5,00 Mk.	Anfangslohn 3,80 Mk. nach 2 Jahren 4,00 Mk.
Flagarbeiter, Mohrlager, angelernte Arbeiter u. Boten beim Vertrieb sowie Lagerarbeiter beim Vertrieb	3,60-4,00 Mk.	4,00 Mk. Steigerung wie oben bis 5,20 Mk.	Anfangslohn 4,00 Mk. nach 2 Jahren 4,20 Mk.
Stellheiz- und Maschinenwärter	3,50-4,50 Mk. 4,20-4,70 Mk. Maschinenwärter 4,20-4,60 Mk. (bei 12-stünd. Schicht)	Feizer u. Maschinewart. 4,70 Mk. ohne Steigerung (bei 8-stündiger Schicht)	Lohn 4,50 Mk. (bis 4,70 Mk.)
Handwerker und Monteure	4,50-5,50 Mk.	4,50 Mk. Steigerung wie oben bis 5,70 Mk.	Lohn 4,50 Mk. (5,50 Mk.)
Retortenofenheiz-Steinfeger	5,00 Mk. (bei 12-stünd. Schicht) 5,50 Mk.	5,00 Mk. (bei 8-stündiger Schicht)	Lohn 5,00 Mk. (bei 10-stünd. Schicht) Lohn 5,50 Mk.
4. Arbeiter beim Schlacht- und Viehhof.			
Arbeiter des Schlacht- und Viehhofes	3,40 Mk. steig. alle 3 Jahre um 20 Pf. f. d. Tag bis 4 Mk.	—	Anfangslohn 3,80 Mk. nach 2 Jahren 4,00 Mk.
5. Hafenarbeiter.			
Hafenarbeiter	3,40 Mk. steig. alle 3 Jahre um 20 Pf. f. d. Tag bis 4 Mk.	—	Anfangslohn 3,80 Mk. nach 2 Jahren 4,00 Mk.
Güterschuppenarbeiter	3,40 Mk. (im Winter) 3,65 Mk. (im Sommer)	—	Anfangslohn 3,80 Mk. nach 2 Jahren 4,00 Mk.
Kranwärter, Frachtenwärter, Güterschuppen- und Hafen- vorarbeiter	4,00 Mk.	—	Anfangslohn 4,20 Mk. nach 2 Jahren 4,40 Mk.

Dem Lohnstarif nebst Begründung ist vom Magistrat und Stadtverordneten die Zustimmung erteilt worden.

Die Lage der Leipziger Friedhofsarbeiter und Arbeiterinnen.

Im Jahre 1903 als die Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter auch in Leipzig festen Fuß faßte, haben auch die auf den städtischen Friedhöfen beschäftigten Arbeiter ein, daß es in dem alten Schlandrian nicht weiter gehen konnte. Das patriarchalische Verhältnis zwischen den Vorgesetzten und Arbeitern, hatte trotz Gewährung kleiner Palliativmitteln einen Abbruch genommen. In eine durchgreifende Reform der Lohn- und Arbeitsverhältnisse war unter den bestehenden Umständen nicht zu denken. Die Friedhofsdeputation sagte sich, „Meine Geschäfte erhalten die Freundschaft.“ Man bestimmte den Lohn und die Arbeitszeit auf den einzelnen Friedhöfen willkürlich. Zur Zeit gab es 6 Friedhöfe in eigener Regie. Beschäftigt wurden 30 männliche und 50 weibliche Arbeiter. Jedem Inspektor war es überlassen, wie er die Arbeiter entlohnte. Zum Beispiel auf dem Johanneisfriedhof gab es Arbeiter, die eine 20jährige Dienzeit zurückgelegt hatten, und die einen Tagelohn von 3,20 Mk. erhielten. Andere mit 10jähriger Tätigkeit erhielten nur 3 Mk. Auf dem Südfriedhof war es etwas besser; doch der Höchstlohn betrug auch nur 3,40 Mk. pro Tag. Die Arbeiterinnen erhielten 1,50 bis 1,80 Mk. pro Tag. Die Arbeitszeit betrug 11 Stunden im Sommer und in den anderen Jahreszeiten wurde gearbeitet solange es hell war.

Auch die Behandlung ließ viel zu wünschen übrig. Einen Arbeiterauschuss kannte man überhaupt nicht, und es war der Willkür der Beamten überlassen, wen man begünstigen wollte oder nicht. Wer nach dem Munde der Vorgesetzten reden konnte, der war angesehen, andere, die sich aus irgendeinem Grunde mißliebig gemacht hatten, mußten gelegentlich die Scherle packen und ihre hille Straße ziehen.

Diesen Zuständen ist nun durch die rege Arbeit der Organisation ein Ende bereitet. Die Arbeiter richteten vor allen Dingen ihr Augenmerk auf Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse und sonstigen Arbeitsbedingungen. Im April 1904 richteten sie eine Petition an den Rat, in der sie ersuchten, ihnen einen Staffellohn zu gewähren. Als Anfangslohn sollte 3,50 Mk. gelten, steigend um jährlich 20 Pf., so daß nach fünf Jahren der Lohn 4,50 Mk. beträgt. Außerdem wurden noch andere Vergünstigungen als Pelerinen, Sandstüber, Seife usw. gefordert. Nahezu zwei Jahre hatte die Deputation gebraucht, um Erörterungen anzustellen, ob die Arbeiter einer Lohnaufbesserung bedürftig seien! Endlich am 23. Dezember 1905 wurde dem dringenden Bedürfnis stattgegeben und der Lohn aufgebessert. Zur selben Zeit hatte das Krankenversicherungsamte den ortsüblichen Tagelohn für die Amtshauptmannschaft Leipzig für erwachsene Arbeiter auf 3,50 Mk. festgelegt. Die Arbeiter glaubten — da behördlicherseits eingesehen, daß mit dem Tag, welcher vorher 3 Mk. betrug, nicht auszukommen ist — auch ihren Wünschen Rechnung getragen worden sei. Aber weit gefehlt. Der Anfangslohn beträgt 3,30 Mk., steigend um 10 Pf., so daß nach 10jähriger Tätigkeit der Höchstlohn von 4 Mk. erreicht werden kann.

Zu gleicher Zeit erhielten die Arbeiter eine Arbeitsordnung ausgearbeitet. Wie bekannt, sollten Staats- und Gemeindefriedhöfe Ruferanstalten sein. Ein wahres Ruferemplement ist auch diese Arbeitsordnung. Selbige enthält nur Pflichten der Arbeiter, aber keine Rechte! Von Arbeitsbedingungen, Lohnhöhe, Erholungsurlaub, Differenzbetrag zwischen Lohn- und

Die Verwendung der Kochkiste in der Gasküche.

Von Direktor A. Schafer, Ingolstadt.

Schon seit langer Zeit sind Kochkisten, Selbstkocher oder die alten Seutiten bekannt, aber ihre Anwendung ist trotz wiederholter Anpreisungen von verschiedenen Seiten noch keine allgemeine geworden. Die Ursache mag zum Teil darin zu suchen sein, daß die Kochkiste in Verbindung mit dem alten Möhlenherd keine so wesentlichen Vorteile zu bieten vermochte, denn hat man den Möhlenherd erst soweit angeheizt, um die zum Vorheizen der Speisen erforderliche Temperatur zu erzielen, so hat es keinen großen Wert mehr, die Kochkiste vom Herd zu nehmen, da sich die Wärmequelle ja doch nicht sofort abstellen läßt und infolgedessen das einmal verwendete Brennmaterial nicht vollständig ausgenutzt werden kann.

Anders dagegen liegen die Verhältnisse bei Verwendung der Kochkisten neben dem Gasherd: kein Aufwand an Brennmaterial zum Anheizen des Herdes ist nötig, die Wärmequelle steht sofort voll zur Verfügung, und nach dem Wegheben der Kochkiste in die Kochkiste kann sofort die Wärmequelle abgestellt werden. Hier liegt also der wesentliche Vorteil, der die Kochkiste bietet: Eine bedeutende Ersparnis an Gas, die von jeder tüchtigen Hausfrau gern begrüßt werden wird und die sie von der Zweckmäßigkeit des Gasherdes noch mehr überzeugen wird.

Versuche in der Praxis sind sehr zugunsten der Kochkiste ausgefallen. Eine Verwendung derselben ist z. B. zum Dörren von Fleisch, Reis, Hülsenfrüchtlern eine Gasverwendung von 2 bis 3 Stunden nötig. Bei Verwendung einer Kochkiste genügt eine

Brenndauer von ungefähr 1/2 Stunde; das übrige Gaslochen erfolgt in der Kochkiste. Bei Gemüse, die je nach der Art eine Kochdauer von 1 bis 2 Stunden auf dem Feuer erfordern, werden bei Verwendung der Kochkiste nur 15 bis 20 Minuten vorgekocht; alles übrige beibringt kostenlos die Kochkiste. Wie kurz die Vorheizen sind, das zeigt für eine Reihe von Gerichten die folgende Tabelle:

Minuten	Minuten
Reisuppe 5	Praten 30-45
Sauerfruchtuppe 10	Sauerfrucht 30-45
Kartoffeluppe 10	Rotkraut 30-45
Bohnen, Erbsen- und	Kartoffelgemüse 10
Wirsingknäulen 30	Reisgemüse 5
Fleischsuppen 30-40	Gelbe Rüben 30
Gelochtes Fleisch 30-45	Bohnen 30
Gedämpftes Fleisch 30	Mohlbraten 10-20

Hauptvorteile beim Vorheizen sind ferner: Töpfe mit dichtschließendem Deckel benützen; Töpfe möglichst nicht unter 1/2 voll ansetzen; Töpfe 5 bis 10 Minuten vor dem Einsetzen nicht mehr öffnen, damit Dämpfe nicht mehr verloren gehen.

Wurde nun durch allgemeine Einführung der Kochkiste der Kochgasverbrauch des einzelnen Konsumenten auch um 1/2 bis 1/3 vermindert, so wurde diese Verbilligung der Gasküche auf der anderen Seite aber wieder weitere Kreise dem „Machen auf Gas“ gewinnen und somit den allgemeinen Kochgasverbrauch bedeutend heben. Ganz besonders wurde es aber die „kleinen Leute“ gewinnen helfen, bei denen die Hausfrau häufig einem Nebenverdienst nachgehen muß. Hier würde die Hausfrau durch Verwendung von Gasherd und Kochkiste nicht nur einen sehr geringen Gasverbrauch zu

Arbeitslohn und was sonst noch alles Rechte für die Arbeiter sind, davon ist keine Spur vorhanden. Zum besseren Verständnis über die Entlohnung von Arbeiterinnen soll der § 4 herausgegriffen werden. Er lautet: „Die Arbeitszeit wird vom Rate unter Berücksichtigung der Jahreszeit und der Lage des Friedhofs festgesetzt. Das gleiche gilt von den Pausen. Die für die einzelnen Friedhöfe bis auf weiteres geltenden Arbeitszeiten und Pausen sind im Anhang unter 2 aufgeführt. Die Arbeiter sind verpflichtet, bei Verdienungen oder sonst in dringenden Fällen auch über die festgesetzte regelmäßige tägliche Arbeitszeit hinaus und während der Pausen ohne Entschädigung zu arbeiten. Zur Sonntagsarbeit sind die Arbeiter, die nicht dienstfrei sind, verpflichtet; sie haben sich dazu rechtzeitig beim Inspektor oder seinem Stellvertreter zu melden. Für Sonntage wird dieselbe Entschädigung gewährt wie an Wochentagen. Nebenarbeiten während der Arbeitszeit sind nicht gestattet. Die Arbeiter haben die Arbeitszeit pünktlich einzubehalten, sie dürfen die Arbeit vor der Zeit nur mit Erlaubnis des Inspektors oder seines Stellvertreters verlassen, auch nicht über die von diesem festgesetzte Zeit wegbleiben. Die Arbeitszeit und Pausen sind folgendermaßen festgesetzt: Vom 1. April bis 31. Juli: Männer von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, Frauen von 6 Uhr morgens bis 6½ Uhr abends, Frühstückspause von 8 bis 8½ Uhr, Mittagspause von 12–1½ Uhr, Vesperpause von 4 bis 4½ Uhr. Vom 1. August bis 30. September: Männer von 6 Uhr morgens bis 6½ Uhr abends, Frauen von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends; Pausen wie vorstehend. Vom 1. bis 31. Oktober: Männer von 6½ Uhr morgens bis 6 Uhr abends, Frauen von 6½ Uhr morgens bis 5½ Uhr abends; Frühstückspause von 8 bis 8½ Uhr, Mittagspause von 12–1½ Uhr, Vesperpause von 4 bis 4½ Uhr. Vom 1. November bis 31. Januar: Männer von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends, Frauen von 6½ Uhr morgens bis 5 Uhr abends; Frühstückspausen von 8–8½ Uhr, Mittagspausen von 12 bis 1½ Uhr. Vom 1. Februar bis 31. März: Männer von 6½ Uhr morgens bis 6 Uhr abends; Frauen von 6½ Uhr morgens bis 5½ Uhr abends. Frühstückspause von 8–8½ Uhr; Mittagspause von 12–1½ Uhr; Vesperpause von 4–4½ Uhr.“

Es ist den Arbeitern und den Arbeiterinnen bei diesen Bestimmungen nicht zu wohl, kann man sich lebhaft vorstellen. Es wäre noch verschiedenes aus dieser Arbeitsordnung anzuführen, aber dies mag vorläufig genügen. In verschiedenen Versammlungen haben die Arbeiter und Arbeiterinnen Gelegenheit genommen und ihre mündliche Lage geschildert und den Arbeiterauschuss beauftragt, die Mängel und sonstigen Forderungen der Friedhofsdarstellung zu unterbreiten. Das Vorgehen hat auch teilweise den Erfolg gehabt, daß Änderungen in den Betrieben eingetreten sind. In der letzten gut besuchten Versammlung, welche am 25. Juni stattfand, berichtete der Vorsitzende des Arbeiterauschusses über die Eingaben und die Antworten des Rates. Aus denselben entnehmen wir folgendes: Der Arbeiterauschuss ist am 6. Januar 1906 gewählt worden. Seine erste Aufgabe war, für Verkürzung der Arbeitszeit und Gewährung von Bademärkten einzutreten. Dem wurde stattgegeben. Es erfolgte Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich für Männer und Frauen, auch wurden am 1. April 1907 Bademärkte für die Arbeiter gewährt. Den Frauen wurde als Anfangslohn der ortsübliche Tagelohn von 1,50 Mk. gezahlt. Ferner haben Arbeiter, die bisher keine Kleidung erhielten, Pelzminen und Sporen erhalten. Für bessere Wohnverhältnisse ist gesorgt und jedem Arbeiter ein Handtuch pro Woche gewährt. Vom 1. Juli ist ein kleiner Zuschlag für be-

sonders schmutzige oder ekelerregende Arbeit bewilligt. Am 10. Dezember v. J. hatte der Ausschuss beantragt, einen einheitlichen Lohn für Arbeiter und Arbeiterinnen einzuführen. Für die verheirateten Arbeiter, die mehr als zwei Kinder haben, einen Prozentzuschlag zu gewähren. Der Lohn, den die Arbeiter verlangten, wurde auf 4,50 Mk. festgesetzt, während für die Frauen 2,50 Mk. gefordert wurden. Die geforderten Löhne für männliche Arbeiter entsprechen den hier in Leipzig gezahlten Löhnen der Erdarbeiter. Der Rat hat sich für die Regelung nicht erwärmen können, da am 1. April d. J. für jeden Arbeiter, der 2 Jahre im Friedhofswesen beschäftigt ist, eine Zulage von 10 Pf. pro Tag erfolgt sei. Die Arbeiter und Arbeiterinnen waren mit diesen Zugeständnissen des Rates nicht zufrieden gestellt. Sie beauftragten den Arbeiterauschuss, die Forderung dem Rat nochmals zu unterbreiten. Nebenstundenarbeit soll, wie in den anderen Ressorts, besonders vergütet werden. Die Arbeitszeit soll von früh 7 Uhr bis abends 6 Uhr dauern, unter Verbeibehaltung der bisherigen Pausen. Da auch das Wahlrecht und die Wahlbarkeit für den Arbeiterauschuss geändert ist, wurde beantragt, den Frauen gleichfalls Stimm- und Stimmrecht im Arbeiterauschuss zu gewähren. Die Ausschusssitzung ist für Mitte August vom Rat festgesetzt. Nach den Bestimmungen sind auch die beschäftigten Gärtner an den Wahlen beteiligt. Da nun diese Arbeiter einer Organisation vollständig fernstehen, und auch nicht zu gewinnen sind, haben sie beantragt, von der Wahl entbunden zu werden, da sie ihre Interessen selber vertreten könnten. Diese Gärtner haben bisher alle Vorteile, die die Arbeiter erlangen, mit eingestrichen, aber geküßt haben sie nichts! Auf die Frage, wie sie denn ihre Interessen vertreten wollten, erklärte einer von ihnen: „Nu, wenn Sie ein etwas bewilligt kriegen, da gehn wir beim Inspektor, da kriegen wir's dann eh!“ Das nennt man auch einen Standpunkt!

An den Kollegen und Kolleginnen liegt es nun, die Ziele, die gestellt sind, zu erreichen, indem sie mithelfen, alle noch Fernstehenden zu uns herüber zu ziehen. Die Erfolge, die wir bisher erzielt haben, sind nur auf die Einmütigkeit der Kollegen zurückzuführen. Glaube niemand, es kommt alles von selbst. Es hat schwere Kämpfe gekostet, ehe wir etwas erreicht haben. Darum müssen auch ferner alle Kräfte im Rahmen der Organisation aufzumarschieren. Nur ein geschlossenes Vorgehen führt uns zum Ziel!

Thüringen, du holdes Land!

Dieser Ausruf entschlüpft unwillkürlich dem Munde des Wanderers, wenn er von Nordburg aus der sich nordöstlich und später nördlich hinziehenden Bahn Nordburg-Sonneberg-Rauscha folgt. Links und rechts, soweit das Auge blickt, ziehen sich Berge, mit malerisch grünem Wald bedeckt, dahin. Es ist der Thüringer Wald. Geht man in dem Tal, welches durch die beiden Höhenrücken gebildet wird, entlang, so kommt man nach Durchwanderung dreier kleinerer Tälchen nach dem Städtchen Sonneberg.

Idyllisch liegt es verborgen in einem Talkeßel. Sieht man von der Höhe herab auf das 15.000 Einwohner zählende Städtchen, so glaubt man eine Stätte der Friedlichkeit vor sich zu sehen. Tief atmet die Luft die ozonreiche Waldluft, aber die da unten in den Hütten, sie sehen nicht aus als ob sie inmitten einer solch gesunden Atmosphäre wohnten. In Sonneberg herrscht die Puppenindustrie vor, und wenn zur Weihnachtszeit mander um den Preis einer Puppe

erwarten haben, sondern sie wird auch durch die kurze Zeit, die sie für das Kochen braucht, durch die Sauberkeit des Kochens auf Gas, ferner dadurch, daß Feueranmachen, Schüren und Reinigen des Ofens fortfällt, viel Arbeit sparen und Zeit gewinnen. Mit wie wenig Mühe und in welcher kurzen Zeit könnte beispielsweise eine Arbeiterin in der Küche oder schon abends vorher die Mahlzeit auf Gas vorlochen und in die Kochkiste stellen, der sie sie am anderen Morgen heiß, saftig und weich gekocht entnimmt.

Aber auch in allen anderen Kreisen würde gerade die Verbindung von Gasherd mit Kochkiste alle diejenigen noch gewinnen, welchen das Kochen auf Gas bisher noch zu teuer erschien, denn mit weniger Brennmaterial wird wohl jetzt auf keine Weise gekocht werden können. Auch fällt manches unangenehme Vorkommen, wie das Ueberkochen oder Anbrennen der Speisen, gänzlich fort.

Zum Schluß seien noch einige Konstruktionen derartiger Kisten erwähnt. Die einfachste Form stellt die alte „Deutsche“ dar, die schon unsere Großeltern benutzten. Es ist das eine gewöhnliche Kiste, in der der Topf mit dem Kochgut noch soviel Platz haben muß, daß er nach allen Seiten hin mit einer fünf Zentimeter starken Deckschicht umhüllt werden kann. Eine Erneuerung des Deckens ist nur selten nötig. Oben auf den Topf wird ein vier-eckiges, genau in die Kiste passendes, fünf Zentimeter starkes Mitten gepreßt. Die Wirkung einer solchen Kiste ist die gleiche, wie die der unter Gebrauchsmusterchutz stehenden verschiedenen Konstruktionen. Sie hat vor diesen den Vorzug der größeren Billigkeit und daß das in jeder Küche vorhandene Geschirr ohne weiteres verwendet werden kann. Die Kiste ist außerdem durch einen gut sitzenden Deckel zu verschließen.

Eine ähnliche einfache Kochkiste, die sich jeder selbst mit wenig Geld herstellen kann, war durch die Kochkiste des Arbeiter-Vereins Berlin auf einer vor kurzem in Berlin stattgefundenen Ausstellung für hauswirtschaftliche Gegenstände ausgestellt. Die isolierenden Polster waren hier in einer gebrauchten Strohmatte untergebracht, die man um wenige Pfennige bei jedem Kaufmann erwerben kann. Es sollte durch die Ausstellung einer solchen Kiste gezeigt werden, mit wie einfachen und billigen Mitteln jeder in der Lage ist, sich eine derartige Einrichtung zu schaffen.

Die von den verschiedensten Firmen in den Handel gebrachten Kochkisten haben den Nachteil des etwas hohen Preises und der Anschaffung besonderer Töpfe. Neuere Kochkisten und Kochschränke haben außer der Isolierung noch Heizkörper; das sind eingulende Chamotteplatten, die erhitzt werden und eingelegt wie ein Wärmeakkumulator wirken. Der Vorteil solcher Kisten besteht darin, daß das Wasser einer intensiveren Hitze ausgesetzt ist und infolgedessen auch nur kürzere Zeit benötigt, um gar zu werden, denn bei den gewöhnlichen Kochkisten brauchen die Speisen ½ bis 1 Stunde länger zum Garwerden als auf offenem Feuer.

Diese Kisten sollen nun dazu anregen, durch die einzelnen Gaswerke Propaganda zu machen für die Verwendung der Kochkiste bei ihren Konsumenten. Es dürfte sich sogar empfehlen, derartige Kisten dem Publikum billig direkt zugänglich zu machen. Die allgemeine Verwendung solcher Kisten würde jedenfalls die weitere Einführung des Gasherdes wesentlich erleichtern, und zwar auch in Haushaltungen, die sich bisher abtöndern verhielten.

(Journal für Gasbeleuchtung.)

feilscht, denkt er nicht daran, welchen hohen Lohn der Schöpfer dieses Dinges dafür erhält. Nur durch Arbeiten bis in die sinkende Nacht, durch Mithilfe von Frau und Kinder vermag er soviel zu verdienen, um das notwendige zum Lebensunterhalte zu bestreiten. Hinweg ist das Bild des Friedens, das einem auf dem Berg da oben umgaukelt. Hinweg ist es, wenn man einen Blick in diese Himmelhütten getan, und wenn der Blick dann hinüberdrückt zu den von herrlichen Gärten umgebenen Villen, in denen jene wohnen, für welche diese Armen schaffen müssen. Es brauchen keine „Prediger des Massenunterschiedes“ zu kommen, denn die Drohnen dieses Städtchens sorgen selbst, wenn auch ungewollt, für Propagierung des Massenkampfes.

Ende Mai ist es unserer Organisation gelungen, unter den städtischen Arbeitern Sonnebergs Fuß zu fassen. Da nun die Gasarbeiter der Organisation fern blieben, wurde der Versuch gemacht, dieselben durch Handzettel einzuladen. Der Erfolg war ein unerwarteter: Sämtliche Gasarbeiter bekamen pro Mann und Tag 50 Pf. Zulage, aber gleichzeitig wurde ihnen aufgegeben, sich nicht zu organisieren!

Leider sind diese Gasarbeiter noch vollständig unaufgeklärt, sie ließen sich durch diesen Scheinwerfer blenden, ohne zu erkennen, daß diese Aufbesserung nur unserem Eingreifen zu verdanken war. Obwohl wir den Sonneberger Gasarbeitern diese Aufbesserung von Herzen gönnen, müssen wir uns doch die Frage vorlegen, ob die Lohnerhöhung der Einsicht, daß die Löhne unzulänglich waren, entsprungen ist, oder war die ganze Sache nur reine Politik. Wir müssen leider der letzteren Ansicht mehr zuneigen. Wäre soziales Verständnis der Umpirung gewesen, dann hätte man wohl nicht den Jakob gespielt und für ein Zinsengericht den Verlauf der Erstgeburt verlangt.

Warum aber diese Furcht vor der Organisation? Indem wir diese Frage offen lassen, soll doch angeführt werden, daß der Herr Vertriebsleiter der Sonneberger Gasanstalt zugleich der Eigentümer mehrerer kleiner Gasfabriken in der Umgegend von Sonneberg ist. Da nun in seinen eigenen Fabriken Löhne gezahlt werden, welche dringend einer Aufbesserung bedürfen, wäre es nicht ausgeschlossen, daß der Organisationsgedanke nach dort überspränge.

Das merkwürdigste aber nicht gerade verwunderliche ist die Ueberhebung der Montanarbeiter (Bauamts-, Friedhofs- und Straßenarbeiter) bei der Lohnerhöhung. Merkwürdig, weil die Löhne dieser Leute geradezu miserabel sind, nicht verwunderlich aber, wenn man hört, daß diese Leute seit bis auf den letzten Mann organisiert sind. Zur besseren Orientierung diene kurz folgende kleine Statistik:

Personenzahl						
Gesamtzahl der Personen	Davon			Minderzahl im Einzelhaushalt		Von den Frauen arbeiten
	Männer	Frauen	unter 14 Jahren	höchste	niedrigste	
67	15	14	38	8	1	50%

Arbeitslohn				
Lohn d. Mannes pro Tag		Lohn der Frau pro Woche		Durchschnittlich Lebensunterhalt pro Tag und Kopf
höchster	niedrigster	höchster	niedrigster	
2,80 Mk.	2,- Mk.	9,- Mk.	2,- Mk.	39,40 Mk.
				54 ¹ / ₂ Pf.

Einzelhaushalt				
Köpfe	Verdienst pro Tag		Miete pro Tag	Zum Lebensunterhalt pro Tag und Kopf
	des Mannes	der Frau		
10	2,40 Mk.	—	41 Pf.	28 Pf.
				23 ¹ / ₂ Pf.

Lohnsteigerung in %				
1 Jahr Dienstzeit p. Std.	3 Pf.	16 Jahre Dienstzeit p. Std.	5 Pf.	18 Pf.
10	1	18	1	18
8	1	25	1	18

Diese Zahlen zeigen deutlich genug, wie notwendig hier eine Aufbesserung gewesen wäre. Der Soldat bekommt 21 Pf. pro Tag und hat alles frei, der Arbeiter soll von 23 Pf. Nahrung, Kleidung, Steuern, Schulgeld und sonstige notwendige Ausgaben bestreiten. Die Unmöglichkeit dessen muß jeder vernünftig denkende Mensch einsehen.

Selbstverständlich fehlt es in solchen Gemeinden auch an anderen sozialen Einrichtungen. So ist hier z. B. noch keine Idee von Urlaub. Wenn der Arbeiter krank ist, oder wenn man seinen geplagten Leib drei Ellen unter die Erde senkt, dann hat er Urlaub. Ist er denn nicht auch ein Mensch von Fleisch und Blut, dessen Glieder erlahmen und ermüden? Wenn die Herren Beamten ihren mehrwöchentlichen Urlaub genießen, wenn sie fühlen, wie wohl es tut, einmal vom alltäglichen Dienst ausruhen zu dürfen, ohne mit

einer Gehaltseinkünfte rechnen zu müssen, dann mögen sie daran denken, daß auch für den Arbeiter die Gewährung eines alljährlichen Sommerurlaubs durchaus keine Verschwendung, sondern nur eine Notwendigkeit ist.

Zu all diesen Mängeln und Fehlern kommt noch ein anderer. Dies ist die unhumane Behandlung der Arbeiter durch die Unterbeamten. Derartige Behandlung liegen die verschiedensten Dinge zugrunde. Entweder Unfähigkeit in der Praxis, herrisches Wesen, grenzenloser Dünkel oder geradezu verblüffende Unerfahrenheit. Nur in den seltensten Fällen ist etwas anderes die Ursache.

In Sonneberg glaubt man ein Herr Glaser, Vorgesetzter der Montanarbeiter, sich alles gegen die Arbeiter erlauben zu dürfen. Seinem Handeln nach ist der städtische Arbeitsplatz ein Meuten- und Drillplatz. Schnauzt er kürzlich einen verheirateten Arbeiter mit den Worten an: „Halten Sie den Mund, Sie dumme Jungel!“ und als der Arbeiter darauf antwortete, schickte dieser Herr seinem Beamten die Arone auf und entließ den Arbeiter. Man glaubt, aber wahr. Herr Glaser ist nun noch ein ziemlich junger und unverheirateter Mann und dies wollen wir ihm als Entschuldigungsgrund anrechnen. Er hat ja noch seinen Dinst davon, was es bedeutet, nicht nur für seinen Mund, sondern für eine ganze Familie sorgen zu müssen. Auf Anordnung des Bürgermeisters durfte der Arbeiter allerdings in seiner Stelle bleiben, aber dadurch ist die Tat Glasers durchaus nicht gebessert worden. Der Fall zeigt wieder einmal auf das deutlichste, wie falsch es ist, den Unterorganen das Entlassungsrecht zu lassen. Dieses Recht darf nur erfahrenen, ruhig und sachlich denkenden, von Voreingenommenheit freien Männern anvertraut werden.

Sechs Stationen nördlich von Sonneberg liegt das Dorf Lauscha. Christbaumjammud ist es, welches hier hauptsächlich fabrikt wird. Fast in jedem Hause existiert ein kleiner Gasmotor und daher kommt es, daß man eifrig darüber her ist, einen dritten Gasbehälter zu errichten, da die vorhandenen zwei absolut nicht ausreichen. Die Gasarbeiter in Lauscha liehen es sich plötzlich einfallen, der Organisation sich anzuschließen zu wollen. Die Verbindung mit dem Vertreter derselben, dem Kollegen Pehold-Kürnberg, war bald herbeigeführt. Der Tag einer Zusammenkunft war bestimmt, doch in der anberaumten Sitzung erschien niemand. Kollege Pehold erhielt jedoch ein Schreiben, welches im Bureau der Gasanstalt verfaßt worden war. Dieses Schreiben enthielt den Dank für die Bemühungen des Vertreters (wie die), aber die Arbeiter könnten sich umständlicher nicht organisieren. Es sollte auch bald Licht in dieses Dunkel kommen. Einer von jener verwerflichen Sorte, die man „Lump im ganzen Land“ nennt, war seinem Namen treu geblieben.

Die Verwaltung griff denn auch zu dem verwerflichsten und schiefsten Mittel, um die Bewegung zu unterdrücken. Der Vertrauensmann wurde sofort entlassen. Leider ließ er sich dadurch täuschen, er durfte wieder bleiben, aber den anderen Kollegen war dadurch der Mut gesunken. „Wer die Versammlung besucht, der fliegt!“ dies war die Devise der Verwaltung. Künftig waren auch die Aufpuffer ausgestellt und der Gasarbeiter Peth leistete darin ganz vorzügliches. Der Gemeinderat wurde allerdings wegen der Sache interpelliert, aber wie immer wuschen die hohen Herren ihre Hände in Unschuld, wiewohl der Herr Gasanstaltsdirektor die Arbeiter in seinem Monitor gehörig heruntergeschauelt hat. „Auf den Bergen wohnt die Freiheit“ singt der Dichter. Allerdings, wenn man unter Freiheit die Ausübung allen möglichen Alimbinis und Dumbings versteht und nicht die Ausübung der Rechte des freien Mannes, dann findet des Dichters Wort auch auf Lauscha seine Anwendung. Wenn man aber glaubt, mit dem Lappen der roten Gewalt die Flamme erlösch zu haben, so täuscht man sich gewaltig. Wir werden Sorge tragen, daß ein guter Funken weiter glimmt, bis er wieder zur Flamme entzündet, den Lappen verzehren wird.

D. P.

Nochmals Renommierchristen.

Die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes, gefällt sich in ihrer Nr. 26 über die im Laufe des Jahres 1906 für die städtischen Arbeiter erlangenen Vorteile zu lehrstücken. Sie gibt sich den Anschein, als wären diese Erfolge von den Christlichen erreicht worden und mit selbstgefälligen Augenaufschlag unterstreicht sie die markantesten Stellen des Heiterats von Dr. Leoni über die sozialen Einrichtungen für die städtischen Arbeiter in Straburg, vertritt aber vollständig, zu sagen, daß es — ach die so verheißten Sozialdemokraten im Straburger Stadtrat waren, welche diese Erfolge ermöglichten. Derartige Unehrlichkeiten, sich mit fremden Federn zu schmücken, ist man ja von diesen „Christen“ bereits so gewöhnt, daß man sich über diese Scheinmanöver nicht mehr sonderlich aufregt.

Unsere Kollegen im Reich werden aber sicherlich ein Interesse daran haben, wie denn die Erfolge der Christlichen in Wirklichkeit aussehen und aus welchem Grunde wollen wir an einem Beispiele die „echt Christlich“ Klunker etwas unter die Lupe nehmen. Der denkende Arbeiter wird dann ganz genau wissen, wie er mit den Erfolgen der „Christlichen“ daran ist

Erstens sind die sogenannten Erfolge der „Christlichen“ keine solchen, sondern es sind vielmehr Erfolge der freien Gewerkschaften. Ja, man braucht sich nur einmal die nahezu 2 Millionen freien Gewerkschaftler als von der Bildfläche verschwunden zu denken und man wird sogleich einsehen, daß es dann mit den „Christen“ aus und Amen wäre.

Was sind denn eigentlich die sogenannten Erfolge der „Christlichen“? — Es ist dies in sehr vielen, man kann ohne Uebertreibung sagen, in weitaus den meisten Fällen der vom Unternehmer gezahlte Judaslohn. Ja, Judaslohn! Dieses Wort selbst die „Gewerkschaftsstimme“ ganz unverblümt die Unternehmer auf (siehe Lindenberg) sie möchten ihre eigenen Interessen wahren und den „christlichen“ Gewerkschaften die Wege ebnen, denn sonst kämen die fff „Sozi“. Und da bezahlt mancher Unternehmer den „Christen“ gerne ein Weniges, um nachher das Viele, das von den freien Gewerkschaften gefordert würde, zu ersparen. Wer will aber da nun sagen, daß ein solcher Erfolg überhaupt ein Erfolg ist? — Jeder vernünftige Mensch wird dafür nur die Bezeichnung Judaslohn haben.

Ein ähnlicher Schwindel wird von den guten „Christen“ auch bezüglich der Mitgliederzahlen des christlichen Gesamtverbandes gemacht. Dort findet man dem christlichen Gesamtverbande angeschlossene Gewerkschaften mit einem monatlichen Beitrag von 25 und 30 Pf. Es sei da nur an die „bayerischen Salinenarbeiter“ oder an die „Vereinigung städtischer Arbeiter in München“ erinnert. Welcher logisch denkende Arbeiter kann eine solche Vereinsmeierei — das ist die einzig richtige Bezeichnung — als eine Kampfsorganisation im Sinne des Wortes betrachten? Also fauler Jauber und aufgelegter Schwindel sind die sogenannten Erfolge der Christlichen.

Und da wird die „Gewerkschaftsstimme“ zeternd: Beweise, Beweise. Gemacht, auch die sollen erbracht werden. Die „Gewerkschaftsstimme“ schreibt nämlich: „München erhielt ebenfalls nach langem Drängen unseres Verbandes eine neue Arbeitsordnung, die der Stadt eine jährliche Mehrausgabe von 350 000 M. verursacht. 4200 städtische Arbeiter kommen dort in Frage. Die Arbeitszeit wurde auf 1/2 Stunden festgesetzt und für die Gasarbeiter der Achtstundentag eingeführt.“ Das sieht in der Ferne für die „Christlichen“ wunderbar nett aus, entspricht aber durchaus nicht den Tatsachen. Denn von den gesamten städtischen Arbeitern in München gehören dem christlichen Verbande bestenfalls 30 zahlende Mitglieder an; der Gemeindearbeiterverband aber zählt zurzeit 1500 Mitglieder. Da nun die jährlichen Unkosten für die Stadt mit der Nachbereinigung mehr als 500 000 M. — nicht wie die „Gewerkschaftsstimme“ schreibt, 350 000 M. — betragen, so wäre es wirklich sehr nett von der „Gewerkschaftsstimme“, wenn sie einmal ihren Lesern vorrechnen wollte, so wie sie es bei Köln gemacht hat, welche verschwindend kleine Summe dabei auf die „Christen“ entfällt. Dabei müßte auch gesagt werden, daß nicht der „christliche“ Verband, sondern der Gemeindearbeiterverband der Träger der ganzen Bewegung war.

Aber wir wollen den „Christlichen“ volle Gerechtigkeit widerfahren lassen und unseren Lesern auch das nicht vorenthalten, was sie wirklich erreicht haben. Der Gemeindearbeiterverband hatte feinerzeit als Mindesttagelohn einen solchen von 3,50 M., sowie Einführung der neunstündigen Arbeitszeit (mit Ausnahme der Retortenarbeiter) verlangt. Die „christlichen“ städtischen Arbeiter (damals waren sie erst ausgetreten und hatten noch die Eierfalken auf dem Vudel) schrien, das sei zu viel, das sei unnötig, man müsse bescheiden sein und was eben derartige Mädchen mehr sind. Hinterher kamen sie angehint und verlangten 3,30 M. und 9 1/2 stündige Arbeitszeit; sie glaubten wohl, sich durch eine derartige Luchtrei bei dem Magistrat einen Stein ins Brett zu legen. Der Erfolg war nun der, daß der Mindestlohn auf 3,30 M., sowie auch eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit festgesetzt wurde. In verschiedenen anderen Punkten aber ist der Magistrat weit über die Vorlage der „Christlichen“ hinaus gegangen. Hätten damals die „Christlichen“ auch die höheren Forderungen des Gemeindearbeiterverbandes akzeptiert, der Erfolg wäre größer gewesen! So sehen also die Erfolge der Christlichen aus.

Der fortgesetzte Uebertritt der „christlichen“ Mitglieder zum Gemeindearbeiterverband beweist, daß ihnen nun inzwischen auch die Erkenntnis aufgedämmert ist, daß ein Tagelohn von 3,30 M. heute nicht mehr zeitgemäß ist. Ein Beweis dafür ist, daß dieser Lohn von 3,30 M. in der Gasanstalt schon zum wanken gebracht ist und — das mag sich auch die „Gewerkschaftsstimme“ merken — er wird fallen! —

In den Gaswerken haben die „Christen“ keine 5 Mitglieder, während 81 = 95 Proz. der Gasarbeiter, in den freien Gewerkschaften organisiert sind. Nach den Ausführungen der „Gewerkschaftsstimme“ sieht die Sache nun so aus, als ob die 3-4 christlichen Gasarbeiter den Achtstundentag errungen hätten. — Nun sind aber diese paar „Christen“ gar nicht im Retortenhaus, sondern — o Schmerz laß nach — in einer Werkstätte. Was sagt nun die

„Gewerkschaftsstimme“ dazu? — Ist ihr nicht mehr bekannt, daß an dem Tage noch, als der gerade den „Christlichen“ nahestehende Rechtsrat Panger im Magistrat die Einführung der achtstündigen Schicht als nicht möglich bezog, die Gasarbeiter einstimmig beschlossen, zu ihren Verbandsbeiträgen noch einen speziellen Kampffonds zu schaffen? — Das hat nun allerdings, wie ersichtlich, seine Wirkung nicht verfehlt.

Was aber hat der christliche Verband getan, um den Wünschen der städtischen Arbeiter gerecht zu werden? — Erschwerig. So oft der Gemeindearbeiterverband in großen, öffentlichen Versammlungen auf endliche Erledigung der neuen Arbeitsordnung drängte, besetzte sich die christliche Zentrumspreffe, voran das „Mündener Tageblatt“, die wichtige Arbeit des Gemeindearbeiterverbandes zu befeuern; die Artikel aber konnten sie sich auch nicht aus den Fingern gesogen haben. Die tatsächlichen Verhältnisse liegen also so, daß die „Christen“ soweit das bei deren geringer Mitgliederzahl möglich war, nicht gedrängt, sondern gebremst haben.

Die „Gewerkschaftsstimme“ aber fällt ihr geduldigen Lesern etwas vor, um nicht ganz in Mißkredit zu kommen. Und um mit Verlaub zu sagen — was bedeuten denn die paar städtischen Arbeiter im „christlichen“ Verband gegenüber den 26 000 Mitgliedern im Gemeindearbeiterverband? Genau so aber, wie die „Christlichen“ in München schlunkten, so ist das auch anderwärts.

Da wir aber nun gerade daran sind, so sei auch noch ein Wort zu der in der „Gewerkschaftsstimme“ verbrochenen Preisfrage: „Kann ein vernünftig denkender städtischer Arbeiter dem sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverband angehören?“ gesagt. Diese Preisfrage haben die Münchener städtischen Arbeiter — wo doch der Sitz des christlichen Verbandes ist — trefflich gelöst! Die Mitgliederzahl der Filiale München des Gemeindearbeiterverbandes ist nämlich von 810 am 1. Juli 1906 auf 1500 am 1. Juli 1907 gestiegen, die „christliche“ Zahlstelle dagegen leidet sehr bedenklich an Schwund. Und gerade in letzter Zeit ist eine ganze Anzahl „Christlicher“ zum Gemeindearbeiterverband abgewandert. Führ wahr, eine treffliche Antwort!

Gerade die von den „Christlichen“ abgewanderten Mitglieder fühlen sich sehr wohl in unserer Mitte. Und damit wollen wir es für heute genug sein lassen; mehr zu sagen, hieße den „Christlichen“ nur zu unbedienten Ehren verhelfen. —

Aus den Stadtparlamenten.

Sicht a. M. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte eine Vorlage, nach der den städtischen Bediensteten Alters- und Invaliden- sowie Hinterbliebenenversorgung gewährt wird.

Stekrade (Mr. Muhrort). Die Bürgermeistereiverammlung in Stekrade hat beschlossen, den Angestellten, die nicht unter das Kommunalbeamtengesetz fallen, bei unverdienter dauernder Unfähigkeit zur Versicherung des Dienstes Invalidengeld und für den Fall des Todes Witwen- und Waisengeld für die Hinterbliebenen zu gewähren, — freilich ohne Gewährung eines Rechtsanspruchs. Den Vertretern der Gemeinden, die zu der Bürgermeisterei gehören, soll bezüglich der Gemeindeangestellten noch entsprechende Vorlage gemacht werden. Voraussetzung für die Versorgung ist: zehnjährige Dienstzeit bei der Bürgermeisterei (die Zeit, welche vor dem 18. Lebensjahre liegt, bleibt außer Berechnung), bestimmte Mündigkeitsfrist und eine Vereinbarung über die Zulassung zur Invalidenversorgung im Anstellungsvertrag. Das Invalidengeld beträgt nach zehnjähriger Dienstzeit 25 Proz. und steigt mit jährlich 1 Proz. bis zum Höchstbetrage von 65 Proz. Der Mindestbetrag ist 300 M. In das Dienstverkommen werden Naturalbezüge, Uebertunden und unregelmäßige Bezüge nicht eingerechnet. Dienstwohnung wird eingerechnet, wenn und insofern wegen dieser eine Minderung des Gehaltes stattfindet. Das Witwengeld beträgt 50 Proz. des Invalidengeldes des Mannes, das Waisengeld (für Voll- und Halbwaifen) 15 Proz. des Invalidengeldes des Vaters, zahlbar bis zum vollendeten 14. Lebensjahre; das Waisengeld für mehrere Kinder darf 50 Proz. des Invalidengeldes des Mannes nicht übersteigen und wird gegebenenfalls verhältnismäßig gekürzt. Der Bezug von Witwengeld hört mit der Wiederverheiratung auf; in diesem Falle wird der Betrag einer Jahressumme als Abfindung gezahlt. Ueber die Zulassung von Invaliden-, Witwen- und Waisengeld beschließt in jedem einzelnen Falle die Bürgermeistereiverammlung, welche auch den Beginn der Zahlung festsetzt. Die Bewilligung ist widerruflich. Dasselbe gilt insbesondere sofort als widerrufen, wenn die für die Gewährung oder auf Grund der Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung sowie etwaiger anderer aus Mitteln des Reiches oder anderer Verbände entfallender Renten, auf die die zu gewährenden Renten in Anrechnung und Abzug kommen, zuständigen Stellen dazu übergeben sollten, diese Renten denjenigen Personen zu entziehen, denen Invalidengeld von der Bürgermeisterei bewilligt wird.

Aus unserer Bewegung.

Altona. Unsere am 11. Juli d. J. in Fels Gesellschaftsbaus stattgehabte Mitgliederversammlung war verhältnismäßig gut besucht und nahm auch wieder einen interessanten Verlauf. Nach der üblichen geschäftlichen Einleitung der Verhandlungen erhielt der Kollege Schönborg das Wort zu einem Vortrage über „Gewerkschaftliche Tätigkeit im inneren und nach außen“. Der Referent erklärte, er wolle in der Hauptsache die Rechte und Pflichten der Mitglieder einer Betrachtung unterziehen. Dieses sei wohl auch einmal notwendig, um die Mitglieder in das Wesen und die Praxis des inneren Organisationslebens mehr als oberflächlich einzuführen und dadurch die Befähigung zu erwirken, der Bewegung in allen Phasen und bei allen Gelegenheiten zu dienen. Die Mitglieder müssen vor allen Dingen zunächst selbst näher sein in ihrer gewerkschaftlichen Überzeugung und ihrem Vertrauen, wenn sie mit Eifer, Wärme und Geschick für die Bewegung eintreten sollen. Und die Organisation braucht alle ihre Mitglieder als Kämpfer. Denn groß ist die Zahl der Feinde. Erstens haben wir, jeder für sich, gegen uns selbst zu streiten. In gar manchem regt sich noch leicht wieder der „alte Adam“, der Zweifel an die unbedingte Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der gemeinsamen Arbeit zur Verbesserung und Sicherstellung unserer wirtschaftlichen und sozialen Position als Arbeiter. Ferner müssen wir immer aufs neue wieder gegen den Indifferentismus, die Einsichtslosigkeit und Mangelglaubigkeit der uns noch nicht angeschlossenen Berufsgenossen vorgehen. Und noch häufiger und mehr haben wir Veranlassung, den naturgemäß gegnerischen Herrmann in Schach zu halten. Wir denken uns in diesen Fällen als Kämpfer aus der Ferne; Angriffe auf die Organisation sollen zurückgewiesen werden. Da müssen wir, ein jeder, die Organisation selbst, die personifizierte Organisation sein, alles, was die Organisation ist und sein will, von Grund aus kennen und wissen. Der Referent zeichnete nun die Organe des Verbandes, Verbandsvorstand, Verbandsausschuss und Verbandstag, deren Verhältnis zu einander, zum Verbande und den einzelnen Mitgliedern; ferner auch ihre Befugnisse, Tätigkeit und Verantwortlichkeit. Es wurde betont: Bei diesem Organisationsverwaltungsinstanz ist die Garantie vorhanden, daß alle Beteiligten zu ihrem Rechte kommen und dem Ganzen von einzelnen kein Schaden geschehen kann. Sodann wurden die finanziellen Leistungen des Einzelmitgliedes und die eventuellen unmittelbaren Gegenleistungen des Verbandes einander gegenübergestellt. Wegen eines nur mäßig hohen Beitrag Gemahregelten und Streitunterstützung, Rechtschutz, Arbeitslosen-, Kranken- und Hinterbliebenenunterstützung. Das ist eine Versicherung gegen alle Wechselfälle im Arbeiterleben. In Streitfällen entscheidet über die Verzugsberechtigung der Unterstügungen nach dem Vorstand der Ausschuß, und als letzte Instanz der Verbandstag, gebildet aus den allerorts Gewählten der Mitglieder. So können keinesfalls die Mitglieder um ihre begründeten Ansprüche gebracht werden. Mit seiner ganzen Kraft tritt der Verband in gewerkschaftlicher Einheit für seine Mitglieder ein. Höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Krankengeldzuschuß, Pension und Hinterbliebenenrenten, Sommerferien und viele andere, wenn auch an Bedeutung geringere Verbesserungen sind erzielt worden. Diese Tätigkeit des Verbandes bzw. seiner leitenden Organe können die Mitglieder mit Recht fordern. Auch darüber muß Verantwortung gegeben werden auf dem Verbandstage. Gleich dem Gesamtverbande sind auch die Ästiale in sich organisiert, werden sie im Innern verwaltet und nach außen geleitet. Vorstände und Einzelfunktionäre werden in den Versammlungen gewählt, haben hier Rede und Antwort zu geben und können jederzeit durch andere ersetzt werden. Eine Gewähr dafür, daß jeder und jedes seine Pflicht erfüllen muß, Verschlingungen, und oberstes Kontrollrecht ist in gleichem Maße auf alle Mitglieder verteilt, denn zu den Versammlungen hat jedes Mitglied Zutritt und alle Beschlüsse müssen mit Stimmenmehrheit gefaßt werden. Diesem Mitbestimmungsrecht steht aber die Mitbaltungs- und Mitverantwortlichkeitspflicht gegenüber. Mit dem Beitragszahlen allein ist es nicht getan, doch muß auch daran noch gemahnt werden. Notwendiger ist jedoch die Mahnung, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, die Statuten und alle sonstigen Versammlungsbeschlüsse unter allen Umständen zu halten, und auch andere dazu anzubalten. Es muß zu dem Unabwendbaren gehören, Mitglieder zu finden, die Disziplinbruch begehen, das heißt, sich Beschlüssen irgendwelcher Art und Bedeutung nicht unterwerfen wollen, deswegen aus dem Verbandsaustreten oder bei beharrlicher Weigerung gar ausgeschlossen werden müssen. Jedes Mitglied soll für den Verband werben, seinen günstigen Augenblick und passende Gelegenheit ungenutzt lassen, wenn unorganisierte Mitarbeiter, beim Staate oder bei der Stadt beschäftigte Arbeiter als Verbandsmitglieder gewonnen werden können. Und diese Möglichkeit ist vorhanden, wo und wann man immer mit Unorganisierten zusammentrifft. In dieser Hinsicht und in seiner Art kann mancher und manchmal gerade der sonst schweigsamste Kollege dem Verbands mit nicht Erlaß dienen als der beste Versammlungsredner. Jedoch haben die Mitglieder Verleumdungen und Verdächtigungen entgegenzutreten. Dazu stillschweigen ist Feigheit, und jede Zustimmungszugebung ist Verrat. Gegen Angriffe von erklärten Feinden ist der Verband auch selbst dann rückhaltlos zu verteidigen, wenn die Angriffe scheinbar

berechtigt sind. Remedur wird eben doch hinterher von uns selbst geschaffen. Bedingungslos treue muß der Verband von jedem seiner Mitglieder fordern. Aber auch uneigennützig Mitarbeit. Jeder soll agitieren und organisieren. Wer Rechte will und hat, muß Pflichten wollen und erfüllen. — In der Diskussion wurde vom Kollegen Herrmann u. a. erwähnt, daß Altona wohl eine respectable Zahl Mitglieder im Verbands stelle, doch sei hier die Bewegung noch neu, bedürfe daher noch sehr der größeren Festigung, und gebe es auch noch viele unorganisierte Kollegen zu gewinnen. Alle Mitglieder müßten fleißig unsere Versammlungen besuchen und Zeitung lesen, um das Wesen und die Einrichtungen, wie auch den Zweck und Nutzen der Organisation kennen, beherrschen und dieses Wissen anwenden zu lernen. Für den Verband und seine Ziele! Sollen jedem Manns Parole sein. — Aus dem vom Kollegen Krobh erhaltenen Mariellbericht sind hervorzuheben die Verhandlungen über die Jugendorganisation, Streikungen der Parbiergebühren, Warnung des Eisenarbeiterverbandes vor Eingebung eines Monatsverhältnisses als Arbeiter im Hafen. — Seit 1905 soll eine Kassenratsverfügung bestehen, welche die Fortzahlung des Lohnes in Arbeitslosenfällen regelt. Von dieser Verfügung ist aber bisher nichts bekannt gewesen und auch jetzt noch weiß kein Arbeiter mit Sicherheit, was die Verfügung den städtischen Arbeitern zuspricht. Die Kassenrat der in den letzten zwei Jahren erkrankten Arbeiter hat den Zuschuß überhaupt nicht bekommen, andere erhielten wenig, und nur einige wenige wurden reichlicher bedacht. Im Gaswerf soll nunmehr der Krankengeldzuschuß auf vierwöchentliche Dauer gewährt werden. Dagegen ist er im Ziehbetrieb bis zu acht Wochen schon seit längerer Zeit gezahlt worden. Der Kassenrat sollte die Verfügung allen Arbeitern bekannt geben. Für die Gasarbeiter sollten die Arbeitnehmerverbände im Vorstände der Betriebskrankenkasse als Arbeiterausschuß fungieren. Nächste Versammlung am Donnerstag, den 8. August. Alle ferneren regelmäßigen Mitglieder-versammlungen am jedem zweiten Donnerstag im Monat.

Berlin. Die Direktion der Berliner Straßenreinigung macht sich des öfteren bei den Arbeitern durch ihre merkwürdigen Verfügungen unliebsam bemerkbar. Neuerlich erst durch eine solche bezüglich der Lohnzahlung. Die des Nachts beschäftigten Arbeiter erhalten ihren Lohn nicht, wie das sonst üblich ist, in der Arbeitszeit. Sie müssen vielmehr, haben sie morgens um 8 Uhr die Arbeit beendet, am Lohnzahlungstage nachmittags 3 Uhr zur Empfangnahme des Lohnes erscheinen. Ein bis zwei Stunden seiner freien Zeit muß der Arbeiter hierbei ohne Entschädigung opfern. Ein durch den Arbeiterausschuß seinerzeit geheimer Antrag, den Lohn innerhalb der Arbeitszeit zu zahlen, wurde abgelehnt. Weil, so behauptete die Direktion, die gewünschte Regelung nicht durchzuführen sei. Man könne den Ausführenden nicht zumuten, die Verantwortung für die regelrechte Auszahlung zu tragen. Dem steht gegenüber, daß im letzten Winter die Ausfuhr der Hilfsarbeitern den Lohn innerhalb der Arbeitszeit auszahlten. Was hier möglich und durchführbar war, muß auch bei den händisch beschäftigten Arbeitern geschehen können. Wenn der gute Wille vorhanden wäre, den berechtigten Mägen der Arbeiter Gehör zu schenken, wäre das ein Leichtes. Aber den Arbeitern bietet man statt Brot Steine; statt Verbesserung Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse. Das beweist u. a. folgende Verfügung der Direktion: „Die Lohnzahlung ist Dienst, wird aber nicht bezahlt. Wer jedoch die Zahlung verweigert, wird mit 2 Stunden bestraft.“ Daß der Arbeiter, wenn er es aus irgend welchen Gründen verweigert, unentgeltlich seine freie Zeit der Verwaltung zu opfern, denn noch mit zwei natürlich auch nicht bezahlten Stunden „behaftet“ wird, kann bloß bei der Berliner Straßenreinigung passieren. Wertwürdiger wird diese Verfügung noch dadurch, daß die Direktion für ihren Erlaß jede rechtliche Unterlage fehlt. Die geltende Arbeitsordnung bietet nicht die geringste Handhabe hierzu. Und will sich die Direktion nicht den Vorwurf gefallen lassen, daß sie nach ihrer Laune und Willkür Arbeitsverhältnisse regelt, muß sie auch die Arbeitsordnung respektieren. Wir wünschen, daß die Deputation für die Straßenreinigung den berechtigten Wünschen der Arbeiter auf Regelung dieser Angelegenheit Rechnung trägt. Das kann nur geschehen, wenn die Lohnzahlung während der Arbeitszeit erfolgt oder eine Ueberstunde bezahlt wird. Auch auf einem anderen Gebiete möge die Deputation den Verschlechterungsgelüsten der Direktion Halt gebieten. Die Verlesung eines zweiten Wochentagsantrages wurde seinerzeit durch den Arbeiterausschuß beantragt. Unter Anerkennung der Notwendigkeit dieses Antrages wurde demselben von der Direktion und Deputation zugestimmt. Heute nach Jahresfrist kommt die Direktion und will diese Verbesserung rückgängig machen. Der bis jetzt gelieferte Sonntagsantrag „Paradeantrag“ werden. Er darf, wie verfügt wurde, nur bei feierlichen Anlässen, „Parade“ usw. auf besondere Anordnung angezogen werden. Die Soden werden doch wohl geliefert zum Tragen und nicht, um dieselben in das Spind zu hängen. Da natürlich außerdem ein Sonntagsantrag vorhanden sein soll, wird der eine Wochentagsantrag dazu gestempelt. Und so mögen sich die Arbeiter bei jedem Wetter mit dem einen Anzug behelfen. Wenn sie dann, weil sie nicht genügend die Soden wechseln können, krank werden, ist das ihre Schuld. Wenn schon die Direktion von selbst nie daran denkt, Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse einzuführen, sollte sie wenigstens Abstand

nehmen von der Durchführung oben geschilderter Verschlechterungen. — Zum Schluß möchten wir an dieser Stelle auf die Ausführungen des freimütigen Stadtverordneten Sonnenfeld hinweisen, wonach die Gutsaufseher die Arbeiter als Rekrutenkompagnien ansehen. Dieses Zugeständnis bezüglich unserer so oft geäußerten Beschwerden wird hoffentlich den Herren veranlassen, dafür einzutreten, daß hier Abhilfe geschaffen wird. Bislang hat man das der Organisation der Gemeindearbeiter und den sozialdemokratischen Stadtverordneten überlassen. Doch empfehlen wir, hierbei nicht von unten, sondern von oben anzufangen. Wenn ein Oberaufseher die Leute mit „Ihr“ und „Euch“ und „Ihr grüßt wie die Bauern“ tituliert, ein anderer das Wort „Dank“ einem Arbeiter gegenüber für Anstand hält, dann ist es kein Wunder, daß man ein und zwei Stufen in daselbe Poren schießt. Unseren Kollegen möchten wir aber nicht empfehlen, auf die Güte jener Herren zu warten. Hier heißt es sonst: Dessen und Darren macht die Welt zum Narren! Solche beschämenden Verhältnisse können wohl gebessert werden, aber nur, wenn jeder als Mann der Organisation angehört.

Berlin-Buch. Am 18. d. M. fand hier bei „Albrecht“ eine Versammlung der Drainagearbeiter und Kieselwäger statt. Dieselbe war ziemlich gut und meistens von unorganisierten Kollegen besucht. Nach Anhören eines Vortrages des Kollegen Dentschke: „Wie sorgt die Stadt Berlin für ihre Arbeiter?“ setzte eine lebhaftere Diskussion ein. Vor allen Dingen wurde darüber Mlage geführt, daß die Kollegen noch immer nicht in den Genuß der schon längst bewilligten Schutzkassen gelangt sind. Sie sind somit noch nach wie vor allen ungünstigen Bitterungsverhältnissen ausgesetzt. Auch über die unzulänglichen Löhne wurde Mlage geführt. Vorschriften über Unfallversicherung usw. existieren nicht. Daher wohl auch das Verhalten einiger Meister, die erlittene Unfälle nicht anmelden wollen. Nachdem noch die Kollegen Kallen und Herz darauf hingewiesen, daß sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur herbeiführen lassen, wenn sich die hier in Frage kommenden Arbeiter alle dem Gemeindearbeiterverband anschließen, demselben treu bleiben und für denselben mit besten Kräften tätig sind, fand um 11½ Uhr Schluß der Versammlung statt.

Eberswalde. Die Mitgliederversammlung am 21. Juli war leider nicht so gut besucht, wie man es hätte erwarten können. Schuld daran ist wohl, daß die Kollegen ganz unnötigerweise von einer zu großen Anzahl besetzt sind. Dieser ist es auch zuzuschreiben, daß einige Kollegen den Wert der Organisation noch nicht begriffen haben resp. nicht begreifen wollen. Und doch sind in den höchsten städtischen Vertrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse derartige, daß sie einer baldigen Besserung bedürfen. Ohne festen Zusammenschluß und gemeinsames Handeln aller ist dies jedoch nicht möglich. Dadurch, daß der eine oder der andere oben „Nicht“ ist, hat die Allgemeinheit zu leiden. Ein kürzlich hat sich ein Fall ereignet, der darauf zurückzuführen ist. Beim Leeren der Was- und Wasserleitungsröhren wurden die Vorichtsmaßregeln vollständig außer acht gelassen. Die Seitenwände des Kanals wurden nicht abgeleitet, daher der Zusammenstoß desselben. Ein Vorarbeiter wurde förmlich verdrängt und konnte nur mit der größten Mühe gerettet werden. Natürlich hat dieser Arbeiter erhebliche Verletzungen davongetragen. — Der nun gewählte Zillalleitung wird es obliegen, für die Ausbreitung der Organisation und für die Befestigung aller stehenden Sorge zu tragen.

Erlangen. Am Sonnabend, den 20. Juni, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nach Erledigung des rein Geschäftlichen wurde die Wahl des Zillalfassierers sowie eines Unterassierers vorgenommen. Darauf hielt der Vorsitzende eine kurze Ansprache, in der er die Kollegen aufforderte, weiter wie bisher zur Organisation zu stehen. Vor Schluß der Versammlung wurde unseres zu früh verstorbenen Zillalfassierers, des Kollegen Senkel, gedacht. In demselben haben wir eine treue, immer tätige Kraft verloren. Sein Andenken wurde seitens der Kollegen durch Erheben von den Ecken gelehrt. Mögen sich alle unsere Mitglieder an diesem unermüdbaren Kämpfer für unsere Sache ein Vorbild nehmen.

Dambura. Am 18. Juli tagte im Gewerkschaftshaus unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Am Schluß des zweiten Quartals dieses Jahres zählte unsere Zentrale 1019 Mitglieder. Am Ende des vorausgehenden Quartals waren es 9611 Mitglieder. Wir haben also eine Zunahme von 408 Mitgliedern zu verzeichnen. In der Zillalfasse zählten wir Ende des ersten Quartals 10.260,00 Mark, gegenwärtig 16.507,77 Mk. im Unterhaltungsfonds 11.534,61 Mark. Das fünfte Tausend Mitglieder hat angefangen, sorgen wir, daß es bald voll werde. Unser Ziel muß sein: Dambura die größte und an Leistungen beste Verbandsschule! Zielen unverwundbar in Not geratene Mitglieder sollen je 20 Mk. und zwei andere solcher Mitglieder je 15 Mk. Unterstüttung erhalten. Am 7. September d. J. soll ein Unterhaltungsabend (Konzert, Theater und Ball) abgehalten werden. Das Eintrittsgeld soll 30 Pf. betragen. Am 28. Juli d. J. führt uns eine Dampftour nach Giesbach. Dabei bei Vergnügungen aller Art im „Giesbacher Hof- und Gesellschaftshaus“. Fahrzeit 2½ Stunden, Fahrpreis einschließlich des Zutritts zu allen Arrangements für Herren 1,20 Mk., Damen 80 Pf., Kinder 50 Pf. Alle Mitglieder, die am Tage teilnehmen, sollen verpflichtet sein, auf Verlangen mindestens eine Stunde Zeit-

komitarbeit zu übernehmen. Nach Erledigung dieser mehr geschäftlichen Angelegenheiten hielt der Kollege Bürger einen Vortrag über: „Sozialpolitik in der Rera Berlepsi-Posadowsky“. Der instruktive und interessante Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Danau. Unsere Generalversammlung fand am 13. Juli, abends 9½ Uhr, im Saalbau, Mühlstr. Nr. 2, statt. Der wichtigen Tagesordnung halber hätte sie besser besucht sein müssen. Im Geschäftlichen verließ Kollege Samer eine schriftliche Mitteilung, wonach der Vorsitzende, Kollege Wegner, sein Amt niedergelegt hat. Bei der Abstimmung per Stimmzettel wurde Kollege Samer zum 1. und Kraft zum 2. Vorsitzenden gewählt. Der Kassierer gab hierauf die Abrechnung vom 2. Quartal und stellte an die Versammlung den Antrag, ihm einen Zillalfassierer beizugeben. Als solcher wurde Kollege Gold einstimmig gewählt. Ferner erstattete Kollege Gold Bericht vom Markt. Im Verschiedenen wurde Stellung zum Stiftungsfest genommen. Als Tag wurde der 17. November festgesetzt. Für die Vorarbeiten wurden die Kollegen Wegner, Gold, Long, Schiefer, Dautrich, Pohlmann, Vöferr und Raab gewählt. Schluß der Versammlung 11½ Uhr.

Miel. Am Sonntag, den 14. Juli, fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Im Punkt Abrechnung erstattete der Kassierer Bericht über Einnahme und Ausgabe im 2. Quartal. Danach betrug die Einnahme 3042,85 Mk. und die Ausgabe 2531,62 Mk., mithin bleibt ein Bestand von 511,23 Mk. in der Zillalfasse. Ferner sind aufgenommen 83 männliche und 16 weibliche Mitglieder. Ausgeschieden durch Arbeitsveränderung 37. Somit ist der Bestand der männlichen Mitglieder vom 1. Quartal 362 auf 408 männliche und 16 weibliche Mitglieder im 2. Quartal gestiegen, so daß der Verband einen Bestand von 424 Mitgliedern aufweist. Einwendungen gegen die Abrechnung wurden nicht erhoben, worauf dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Scherge erteilt wurde. Zum 2. Punkt: Wahlen, wurde der Kollege Staut als Zillalfassierer, und Kollege Neuhäus als dritter Revisor gewählt. Zum dritten Punkt war von den Kollegen der Licht- und Wasserwert: folgender Antrag gestellt: 1. Die Versammlung solle beschließen, daß mindestens alle drei Monate eine allgemeine Mitgliederversammlung auf einen Werttag abgehalten sei, unter Einziehung eines Referenten. 2. Der Zillalvorstand ist verpflichtet, jeden Monat eine Sitzung im Gewerkschaftshaus in Gemeinschaft mit den Sektionsleitern und dem Arbeiterausschuß abzuhalten. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Zum Punkt 4: Lohnbewegungen entspann sich eine lebhafteste Debatte. Hauptächlich wurde dem Arbeiterausschuß ans Herz gelegt, sich hinfert nicht mehr durch gute Versprechungen von Seiten der Behörde abweisen zu lassen. Es wurde schließlich von den Kollegen S. der Vorstoß gemacht, daß die betreffenden Messors unter sich eine Zusammenkunft anberaumen und endlich eine Entscheidung gegen die ewigen Versprechungen der Behörde herbeizuführen. Der Beschluß, welcher in der Zusammenkunft gefaßt, ist unachsend an den Vorstand einzurichten. Der Vorstoß wurde einstimmig angenommen. — In Verschiedenem wurde der von der Partei gestellte Antrag an den Verband der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter mit Freuden begrüßt. Es wurde zu diesem Zweck eine Kommission, bestehend aus drei Kollegen, gewählt, welche die ständigen Kollegen zur Heranziehung unserer Preise gewinnen helfen; es sind die Kollegen Louis, Gull und Dörfst gewählt, welche von Zeit zu Zeit über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten haben.

Mün. In den einzelnen Sektionen und Bezirken wird eifrig über die Umänderung der allgemeinen Bestimmungen diskutiert. Versammlungen fanden statt: Werktätigenarbeiter der Straßenbahn am 10. Juli, Gas und Wasserwert, sowie Gasenamt am 12. Juli, Fuhrpark am 11. Juli, Gasanstalt Ehrenfeld am 15. Juli, Bezirke Süß, Rippes sowie Laternenwärter am 21. Juli. Außer bei den Fuhrparkarbeitern und Laternenwärttern waren die Versammlungen zufriedenstellend besucht. Es referierten die Kollegen Neumann, Schiefer und Schäfer. Die Bühnenaarbeiter der Stadttheater sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Sie erstreben die Bezahlung der Überstunden, zehn- und tägliche Arbeitszeit, Gewährung von drei freien Tagen im Monat. Ihr Hauptanliegen haben sie auf die Schaffung eines Tarifvertrages gelegt. Auf den eingereichten Tarifentwurf wird Antwort bis zum 21. August erwartet.

Kübel. Nach langem Harren haben die hiesigen Kollegen eingesehen, daß auch für sie die gewerkschaftliche Organisation eine unbedingte Notwendigkeit ist. Im verflochtenen Quartal haben daher einige Versammlungen der Staatsarbeiter stattgefunden, in denen der Wert der Organisation und die Abheilung von Mifständen besprochen wurden. Von den einzelnen Kollegen wurde eine Reihe Beschwerden vorgetragen über ungenügende hygienische Einrichtungen und Mangel an Hilfsmaterial bei Unfallsfällen. Die Löhne lassen gleichfalls noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Kollegen vom Wasser und Stelbau haben sich diesbezüglich schon im Frühjahr an ihre Deputation gewandt, erhalten haben jedoch nur die Vaguerarbeiter eine Zulage von 5 Mk. pro Monat und die geleerten Arbeiter am Wasserbauplatz 2 Pf. pro Stunde. Zu einer

allgemeinen Lohnerhöhung hat man sich aber, trotz der Lebensmittelerhöhung, nicht emporschieben können. Die Arbeitszeit ist zwar für die Schichtarbeiter des Gaswerkes eine achtstündige, sonst ist sie jedoch noch reichlich lang. In puncto Arbeiterfürsorge kann man gleichfalls nicht von Muttergütlichkeit reden. Urlaub bei voller Lohnzahlung wird nicht allgemein, sondern nur den Gasarbeitern und neuerdings auch den Wasserbauarbeitern gewährt, leider aber nur 2, 4 und 6 Tage bei zwei-, fünf-, fünf- bis zehn- und nach zehnjähriger Tätigkeit. Es bleibt also noch viel zu tun übrig. Hoffentlich stellen die Kollegen in Zukunft ihren Mann, damit ihre Lage bald besser wird und die Vertreter im Bürgerausschuß sich auch auf die Forderungen und Verichte der Arbeiter stützen können. — Als Vereinslokal ist das „Vereinshaus“, Johannisstraße 50/52, und als Vorsitzender Kollege A. Kempke, Voigwitzer 10 I, bestimmt. Der Mitgliederstand ist zurzeit über 150. Durch diesen Anstoß der Väter der Kollegen ist nun die dritte Danzstadt gleichfalls in die Reihen unserer Mitglieder getreten. Hoffen wir, daß sich die Filiale kräftig entwickelt und Erfolge zeitigt, wie dies anderwärts schon geschehen ist. Als neue Kämpfer im Streite um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse heißen wir alle Kollegen willkommen.

Spandau. Nach langem Mühen gelang es endlich, einen Teil der hiesigen städtischen Arbeiter aufzurütteln und sie der Organisation zuzuführen. Zumeist sind dies allerdings nur Gasarbeiter. Nach und nach werden wir jedoch auch Gelegenheit nehmen, um die übrigen städtischen Arbeiter unserer Organisation zuzuführen. Gewiß wird dies nicht leicht sein, schon besonders deshalb nicht, weil sich diese Arbeiter jetzt einem „Städtischen Arbeiterverein“ gesammelt haben. Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl wie die kommende Erkenntnis von der Kapitallosigkeit dieses Vereins, in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, werden wohl auch diese Kollegen noch zu der Ueberzeugung bringen, daß ihre Lage nur mit Hilfe des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter verbessert werden kann. Haben doch die Arbeiter von Spandau nicht nur unter den teuren Lebensmitteln und Wohnungsmieten allein zu leiden, sondern alle anderen Ausgaben, Steuern usw., sind für sie bis aufs äußerste in die Höhe geschraubt. Dies kam so recht deutlich zum Ausdruck in der Versammlung, die am 12. Juli d. J. bei Kanter in der Neudorferstraße 76 stattfand. Die dortigen Gasarbeiter (Feuerleute) haben bekanntlich den Achtstundentag, wogegen die Hofarbeiter zehn Stunden schaffen. Sie müssen daher versuchen, ihre Arbeitszeit verkürzen zu helfen. Der Neunstundentag muß ihr erstes Streben sein. Sollte die Stadtverwaltung selbst zu der sozialpolitischen Einsicht gelangen, daß auch für die übrigen städtischen Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit nötig, dann wäre den Arbeitern ein Entgegenkommen gezeigt. Der Lohn der Feuerleute beträgt pro Schicht 5,20 Mk. Eine Steigerung desselben findet nicht statt. Einen Zuschlag für Sonntagsarbeit erhalten sie nicht, und doch wäre es kein Fehler, ihnen einen solchen zu gewähren. Die Hofarbeiter bekommen 1 Mk. pro Tag, und vom dritten Dienstjahre an findet eine Steigerung in der Höhe von 30 Pf., im fünften und siebenten Dienstjahre von 20 Pf. und im neunten eine solche von 30 Pf. statt. Für Sonntagsarbeiten wird ihnen ebenfalls kein Lohnzuschlag gewährt, sie erhalten aber für neun Stunden Arbeit zehn Stunden angelohnen. Erholungsurlaub bekommen sämtliche in der Gasanstalt beschäftigten Arbeiter, und zwar vom ersten Dienstjahre an vier und vom dritten Dienstjahre acht Tage. Diesen achtstündigen Urlaub schon vom ersten Jahre an eintreten zu lassen, wäre doch auch kein Ding der Unmöglichkeit und würde eine solche Maßnahme dem Gesundheitszustand und die Arbeitsfreudigkeit unter den Arbeitern bedeutend heben. Da ein Arbeiterauschuß fehlt, so können viele Wünsche und Beschwerden der Arbeiter nicht in entsprechender Weise vorgetragen werden. Aufgabe aller Kollegen wird es nun sein, die uns noch Fernstehenden für unsere Organisation zu interessieren und zu gewinnen. Erst dann, wenn die Kollegen alle der Organisation angeschlossen und für dieselbe mit besten Kräften tätig sind, wird es ihnen gelingen, ihre Lage so zu verbessern, daß sie damit einigermaßen zufrieden sein können. Darum vorwärts, frisch ans Werk!

Aus den deutschen Gewerkschaften.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands! Der Verband der Tabakarbeiter sieht sich veranlaßt, die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft in den Kämpfen, die er um Verbesserung der Lebenshaltung der Tabakarbeiter zu führen genötigt ist, in Anspruch zu nehmen. Seit der Ausperrung der 4000 Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen im Juni 1905 in Dresden hat der Verband ununterbrochen Kämpfe zu führen und Angriffe der Unternehmer abzuwehren gehabt. Die Zigarettensteuer wurde vielfach von den Unternehmern benutzt, die obnein ermäßigten Löhne der Arbeiterschaft der Zigarettenindustrie noch weiter herabzudrücken. Die Forderung, die eine Verkürzung der notwendigen Lebensmittel zur Folge hatte, traf die Arbeiter der Tabakindustrie weit härter noch, als die übrige Arbeiterschaft, weil in dieser Industrie die Löhne am niedrigsten sind und infolge der Hausindustrie und des Vorliegens der Tabakfabriken auf das flache Land die Widerstandskraft der Arbeiter nur sehr gering ist.

Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes versuchte nun, um weite Schichten der Arbeiterschaft der Tabakindustrie vor vollständiger Degeneration zu bewahren, in den Bezirken, in welchen die erbärmlichsten Löhne gezahlt werden, eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Aber nicht nur, daß jeder Pfennig Lohnerhöhung durch langandauernde Streiks erlämpft werden mußte, wodurch die finanziellen Mittel des Verbandes auf das äußerste in Anspruch genommen wurden, suchten die Unternehmer das Drängen der Tabakarbeiter nach einem menschenwürdigen Dasein durch Aussperrungen abzuwehren. So sind seit fünf Wochen 1100 Arbeiter und Arbeiterinnen in Gießen ausgesperrt und verlangen die Unternehmer nichts geringeres, als den Austritt der Aussperrten aus dem Verband der Tabakarbeiter. Preisgabe der Organisation, welche allein in der Lage ist, den ungeheuren Schaden, den die Forderung der Arbeiterschaft der Tabakindustrie gebracht hat, einigermaßen herabzumindern, verlangt das Unternehmertum. Neben dieser Aussperrung hat der Verband noch in 15 Orten Kämpfe zu führen und ist das Verlangen des Vorstandes, hierbei von der gesamten organisierten Arbeiterschaft unterstützt zu werden, deshalb durchaus berechtigt. Nachdem die Mehrheit der Vorstände der Zentralverbände der Ausschreibung einer Sammlung zugestimmt hat, richten wir an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, Beiträge zur Unterhaltung der im Kampfe befindlichen Tabakarbeiter leisten zu wollen. Die Unterhaltungsbeiträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir, für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

Adresse: D. Mube, Berlin SO. 16, Engel-Meer 15, IV.

Über die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Einnahmen werden den Einsendern nicht zugestellt.

Mit Gruß

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien.

Berlin, 11. Juli 1907.

Zusammenfassend werden von der Generalkommission nicht ausgegeben. Die Gewerkschaften und Gewerkschaftsstellvertreter werden ersucht, die Sammlungen gemäß den für die einzelnen Organisationen getroffenen Bestimmungen zu organisieren und, wo dies notwendig ist, selbst Sammlungen herauszugeben.

Die Textilarbeiterausperrung in Landes hat ist nach einer Meldung des „Vorwärts“ tatsächlich eingetreten. Die Textilfabrikanten Reibner und Arabin verlangten bedingungslos Aufnahme der Arbeit. Die Streikenden lebten das Amtmann einmütig ab. Darauf wurde durch Anschlag die Ausperrung sämtlicher Arbeiter für Montag bekannt gegeben. Die Betriebe stehen somit still. Der Millionär Reibner last seine Werke ermitteln. Gegen zwölf ist die Kammungslage eingetreten. In der Begründung heißt es: „Mangel an befristeten Kammlenbauern an der Rentenan zum Zwecke der Vermietung an ihre Arbeiter. Diese Häuser werden ausschließlich von Arbeitern der Firma bewohnt. Dies ist allgemein bekannt, und es wird bei den zu Beginn des Arbeitsverhältnisses erfolgenden Vermietungen als selbstverständlich angenommen, daß sie abgeschlossen werden für die Dauer des Arbeitsverhältnisses.“ Nun, es ist auch allgemein bekannt, daß beim Millionär Reibner die schärfsten Löhne bezahlt werden. Wollen die Arbeiter aber nicht mehr weiterkämpfen, dann ist bei Reibner nicht selbstverständlich, daß die Löhne aufbehalten werden müssen, selbstverständlich ist nur, daß die Arbeiter gänzlich brotlos werden und schließlich auch noch ebdahlos zum Dank für zwanzigjährige Tätigkeit.

Im Berliner Baugewerbe haben die Bauntennehmer am 1. Juli die Ausperrung zurückgezogen und versuchen nun, Arbeitswillige heranzuziehen. Das ist ihnen indes bisher nicht gelungen, wenigstens soweit die Maurer und Zimmerer in Frage kommen. Dagegen haben die Affordmänner mit der Unternehmerorganisation einen Vertrag abgeschlossen. Von großem Einfluß auf den Kampf ist dieser Vertrag nicht, da die Affordmänner auch bisher nicht am Kampfe beteiligt waren. Im Unternehmerlager wird die Situation mit jedem Tage gespannter. Die ausserhalb der Unternehmerorganisation stehenden Pängeschäfte haben zum großen Teil die Forderungen der Arbeiter (8 1/2 Stunden Arbeitszeit und 50 Pf. Stundenlohn) anerkannt, so daß hier die Arbeit ununterbrochen fortgesetzt wird. In den letzten zwei Wochen sind nun eine ganze Anzahl organisierter Unternehmer diesem Beispiel gefolgt; in den letzten Tagen sind sogar mehrere große Baufirmen hinzugekommen, nachdem sie geheißen hatten, daß Arbeitswillige nicht zu finden waren. So hat sich also die Situation für die Arbeiter recht günstig gestaltet, so daß der Ausgang des Kampfes günstigen für die Arbeiter erhofft werden darf.

Zusammenfassung. Die Verdimulung des Montitorenverbandes mit dem Verband der Pader ist am 1. Juli erfolgt. Das Verbandsorgan hat den Titel „Deutsche Pader und Montitorenzeitung“ erhalten und der Name des Verbandes ist nun geändert worden in Verband der Pader, Montitoren, Verdimul, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Mafes-, Juchwaren- und Schokoladenindustrie. — Zwischen den Verbänden der Pader

und Stufentare ist ein Kartellvertrag abgeschlossen worden. — In einer gemeinsamen Sitzung der Zentralverbände und Ausschüsse der Verbände der Sattler und Portefeuller, die am 14. Juli in Berlin tagte, wurden die leitenden Instanzen aufgefordert, mit allen Kräften auf eine Verschmelzung beider Organisationen hinzuwirken. Auf einer gemeinsamen Generalversammlung, die im Jahre 1909 in Köln abgehalten werden soll, wird die Verschmelzung als erster Punkt der Tagesordnung behandelt werden.

Ein neues Organ der gelben Gewerkschaften ist unter dem Titel „Die Wehr“ in Augsburg gegründet worden. Die Großunternehmer dieses bedeutenden Industriekortes, allen voran die Direktion der Schnellpressenfabrik Augsburg als eigentliche Gründerin der gelben Gewerkschaften, greifen gern in den Streit, wenn sie solche Zwecke fördern können, und so ist denn auch diese Plattschmiede ihr Werk. — Das erste Organ der Gelben ist bekanntlich „Der Bund“, ein von dem früheren Sozialdemokraten Lebus redigiertes Schimpfblatt gegen die freien Gewerkschaften.

Rundschau.

Arbeitskammern in Sicht. Das „N. T.“ schreibt: „Der bereits vom Grafen Kosobowsky vorbereitete Gesetzentwurf über Arbeitskammern ist von seinem Nachfolger Herrn v. Bethmann-Hollweg übernommen worden. Der „N. Pol. Korresp.“ zufolge werden jetzt vom Reichsamt des Innern im Vereine mit den beteiligten preussischen Ministerien die abschließenden Beratungen über den Entwurf gepflogen. Es handelt sich vor allem darum, die Einrichtung der Arbeitskammern so zu gestalten, daß sie einen sachkundigenerrat bilden und einen unmittelbaren praktischen Nutzen für Gesetzgebung und Verwaltung gewähren.“ Ob etwas Brauchbares herauskommt, ist bei den heute herrschenden Strömungen mehr wie zweifelhaft.

Die Brauchbarkeit von Militäranwärtern im Gemeindedienst wurde in der Stadtverordnetenversammlung von Schöneberg anlässlich bekannt. Der liberale Stadtverordnete Dr. Köhler hatte gerügt, daß die Schuldiener an den Gemeinderatschulen eine Behandlung zu erhalten hätten, als ob sie Offiziersburischen wären; ebenso tabelten die sozialdemokratischen Stadtm. Müller und Ehl die lange Dienstzeit der genannten Beamten und die Beschränkung, die sie unterstellt sind. Auf diese Vorwürfe gab Bürgermeister Plantenkeinen eine beachtenswerte Erwiderung. Er führte an, die Schuldiener seien als Militäranwärter geworben, nur nach Anweisungen zu handeln; was nicht in diesen Vorschriften angedeutet werde, werde auch nicht ausgeführt. Man müsse den Leuten alles, und sei es das kleinste, was sie tun sollten, schwarz auf weiß geben. Mit dieser Kritik hat der Bürgermeister am Ende nicht so unrecht. Sehr staatsverträglich ist die allerdings nicht in unserem preussischen Militärsystem, wo die öffentlichen Ämter zum großen Teil nicht dem tüchtigen Bürger offen stehen, sondern nicht als Versorgungsstellen für Unteroffiziere, die nach zwölfjähriger Dienstzeit ins bürgerliche Leben hineinkommen und hier verantwortungsvolle Stellen bekleiden, ohne eine Abnung von zivilen Verhältnissen zu haben. Beachtenswert für den preussischen Geist auch im Bürgertum ist es, daß ein Redner der Hausbesucherkommission dem Subalternen Wesen noch das Wort redete und meinte, daß eben jede Meinungsäußerung in der Dienstausweisung geregelt werden müsse. — Unsere Kollegen wissen von der „Vorbildung auf dem Kasernenhof“ vieler unteren Vorgesetzten ein Liedchen zu singen!

Keine Aborte, um nicht der — Faulheit Vor- schub zu leisten. Die Gewerbeinspektion soll von der Magistrat. Purbacher Stadtverwaltung die Verschaffung benutzungs- fähiger Bedürfnisorte im städtischen Gaswerk verlangt haben. Man darf annehmen, daß in Preußen eine königliche Behörde nichts Unbilliges von einer Kommune verlangt. In welchem Zustande müssen die Orte sein, an denen die betreffenden städtischen Arbeiter ihre Not verrichten müssen, wenn die Gewerbeinspektion gezwungen ist, einzugreifen! Wie nun die „Saarwacht“ mitteilt, hielt das Stadtverordnetenkollegium die Errichtung von brauchbaren Aborten für Arbeiter für nutzlos, da nach der Meinung eines Stadtvaters durch die Errichtung derselben nur der Faulheit Vor- schub geleistet werde. Es muß mit den Arbeitsverhältnissen des Gaswerks sehr wenig einverstanden sein, wenn man befürchten muß, daß die Arbeiter selbst den unangenehmsten Ort als Auf- enthaltswahl wählen würden, um einige Minuten auszuschlafen. Wie war's denn, wenn man den Arbeitern einen Polizisten mitgibt, der über die Quantität und Qualität sowie über die notwendige Zeit- dauer des Bedürfnisses Montroll führt und nötigenfalls mit einem fähigen Eingriff das Aufbehalten unterbricht?

Die Fremdwörter! Es gibt keinen Platz unter der Sonne, der nicht von dem Wirbel allgemeiner Umwandlungen ergriffen würde. Selbst die Stadtagelöhner in Pfullingen spüren das, so erzählt die „Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins“, und empfinden das Bedürfnis, ihre äußere Lage den ver- änderten Zeitverhältnissen anzupassen. Sie stehen daher die Mäpfe auf, und der Gesellschaft von ihnen entwickelt das Schriftstück

an den hohen Stadtrat, in dem dieser — an eine solche Behörde muß man sich gebildet ausdrücken — mit wohlgeleiteten Worten um eine angemessene Reduzierung der Löhne gebeten wird. Der Stadtrat von Pfullingen soll ein Einsehen gehabt haben und die Regulierung der Löhne, die gemeint war, in Form von Auf- besserungen vorgenommen haben. Das kommt aber nicht gerade häufig vor!

Die Waldarbeiter in Frankenwalde (Sachsen- Meiningen) sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen Gleichstellung mit den Industriearbeitern und Erweiterung ihrer Reserve.

Der Streit der Lemberger Strakenfchret, Pfasterer und anderer städtischen Arbeiter ist beendet. Den Arbeitern ist eine 10prozentige Lohnhöhung zugestanden worden.

Ein bedeutendes Urteil des Ludwigshafener Gewerbegerichts. Mann bei einem vereinbarten, von beiden Seiten anerkannten Lohnstarif nebenher mit einem Arbeiter ein Arbeitsvertrag abgeschlossen werden, der niedriger als die im Tarife festgelegten Lohnsätze enthält? In dieser Frage fällt das Ludwigshafener Gewerbegericht in seiner letzten Sitzung eine prinzipielle Entscheidung, die für Tarifabschlüsse von hoher Bedeutung ist und deshalb besondere Erwähnung verdient. Wegen die Firma Gebr. Schölein, Schreinerei, klagte ein Schreiner neben anderen Forderungen, die jedoch des öffentlichen Interesses entbehren, auf Zahlung der Differenz zwischen dem bezahlten Lohne von 35 Pf. pro Stunde und dem im Tarife normierten Stundenlohn von 40 Pf. im Gesamtbetrage von 3,60 Mk. Der Kläger, ein junger Mensch von 19 Jahren, war nach den Aussagen des Beklagten mit einem Stundenlohn von 35 Pf. eingestellt worden. Am Zahlungstage reklamierte der Kläger die Differenz, deren Zahlung von dem Firmeneinhaber verweigert wurde. Der Arbeiter löste hierauf sofort das Arbeitsverhältnis — eine Kündigung existiert laut Tarifvereinbarung nicht — und reichte Klage beim Gewerbegericht ein. Die beklagte Firma vertrat nun in der Sitzung den Standpunkt, daß es ihr trotz des vereinbarten Lohnstarifes gestattet sei, mit einem Arbeiter einen niedrigeren als den im Tarife festgelegten Lohn zu vereinbaren. Der Tarif trete erst dann in Wirksamkeit, wenn nichts vereinbart sei. Der Kläger sei ein minderwertiger Arbeiter gewesen, der den tarifmäßigen Stundenlohn von 40 Pf. nicht verdient habe. Demgegenüber verurteilte das Gewerbegericht den Beklagten zur Zahlung der Differenz im Betrage von 3,60 Mk. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt: Tarifverträge haben den Zweck, dem Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine sichere Gewähr zu geben und die Gefahr von Streitigkeiten, die durch das Lohn- und Arbeitsverhältnis entstehen können, zu vermindern resp. zu beseitigen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet sind Tarifverträge auch in allen Teilen und allen Verhältnissen gegen- über innerhaltend; besonders haben Abmachungen, die für den Arbeiter eine Minderung des Lohnes bedeuten, keine rechtliche Grundlage. Würde es dem Arbeitgeber trotz der Tarifvereinbarung gestattet sein, einen niedrigeren Lohnsatz zu bezahlen, dann wäre damit der Anlaß zu Differenzen gegeben, die dem Zwecke und der Wesensart der Tarifverträge direkt zuwiderlaufen. Zu beachten ist aber im weiteren, daß durch die Festsetzung eines Minimallohnes auch die unter dem Durchschnitt stehende Leistungsfähigkeit eines Arbeiters genügende Berücksichtigung gefunden hat. Dadurch, daß im Tarife der Lohn für Gesellen bis zu dem Alter von 19 Jahren niedriger gesetzt ist, als für ältere Arbeiter, ist erwiesen, daß die Leistung eines jüngeren Arbeiters an und für sich geringer bewertet ist, ferner ist aber auch damit dem Verlangen eines Arbeitgebers, minderwertigen Arbeitskräften einen niedrigeren Lohn zu bezahlen, in genügendem Maße Rechnung getragen. Die Verhandlung zeigte wieder einmal so recht, wie Tarifverträge von den Unternehmern eingeschätzt werden und wie man bemüht ist, die getroffenen Ver- einbarungen durch Nebenabmachungen illusorisch zu machen. Diesen Taktiken gegenüber ist das gefällte Urteil von eminent hoher Be- deutung; den Bestrebungen der Unternehmer, die Arbeiter trotz der Tarifverträge nach willkürlichem Ermessen zu deren Schaden zu entlohnen, ist mit diesem Urteil ein Riegel vorgeschoben.

Die deutschen Tabakarbeiter stehen in einem harten Kampfe. Am 25. Mai d. J. verlangten die in Gießen und Um- gegend wohnenden und im Verband der Tabakindustriellen organi- sierten Zigarrenfabrikanten von ihren Arbeitern und Arbeiterinnen den Austritt aus dem Deutschen Tabakarbeiterverbande mit der ausdrücklichen Erklärung, wer austritt, kann weiter arbeiten, wer nicht austritt, muß in 14 Tagen ausfahren. Die Arbeiter und Arbeiterinnen blieben ihrer Organisation treu, darauf wurden am 8. Juni über 1000 Arbeiterinnen und über 100 Arbeiter aus- gesperrt. Dieser brutale Gewaltakt muß von der gesamten Arbeiter- schaft zurückgewiesen werden. Schon in die fünfte Woche tobt der Kampf der sehr reichen Zigarrenfabrikanten gegen die organisierten Tabakarbeiter, welche um ihr Koalitionsrecht kämpfen. Das Gießener Gewerkschaftskartell hat infolgedessen beschlossen, den Posten über die Arbitrate der Gießener Tabak- und Zigarren- fabrikanten zu verhängen. Wir ersuchen deshalb unsere Kollegen und Freunde, überall ein wachsames Auge zu haben und die Arbitrate jeder Unterdrückungs- und ausbeutungswütigen Fabrikanten zurückzuweisen.

Eine neue Lohnordnung für die badischen Eisenbahnarbeiter. Die Generaldirektion der badischen Eisenbahnen hat für die Güterbodenarbeiter und Streckenarbeiter eine neue Lohnordnung geschaffen. Durch die Verordnung soll der Grundlohn um 30 Pf. erhöht werden, der Höchstlohn wird von dem einzelnen Arbeiter in 12 Jahren erreicht. Während dieser Zeit soll in jedes Abchnitt eine Lohnerhöhung um 10 Pf. pro Tag in Kraft treten.

Noch mehr gelbe Gewerkschaften. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ nimmt von den Fortschritten der freien Gewerkschaften im letzten Jahre in der ihr eigenen Weise Notiz und meint unter anderem: Es ist für das Unternehmertum von besonderem Interesse, daß das offizielle Organ der freien Gewerkschaften, das „Correspondenzblatt der Generalkommission Deutschlands“, mit holländischer Genehmigung seinen lehrjünglichen Mitgliedern zuwachs in Veranlassung zu der Gesamtheit der bisherigen Ergebnisse „der Organisationsarbeit der Christlichen“ stellt, sowie des weiteren, daß es sich über die Gründung „gelber Streikbrecherorganisationen“, die ihm anscheinend doch einige Sorge machen, mit dem Hinweis auf die eigenen Erfolge zu trösten sucht. Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir diesen Passus dahin auslegen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften in der „christlichen“ und durch Dunderidien Monarchen einen weit weniger bedenklichen Faktor erblicken, als in der, die man in der lebenswürdigen Ausdrucksweise der sozialdemokratischen Arbeiterpresse mit der Bezeichnung „die gelbe Lumpenorganisation“ zu bezeichnen liebt. Trifft diese Annahme zu, so würde sich daraus für das Unternehmertum unabweisbar die Verpflichtung ergeben, in noch weit erheblicherem Maße, als dies bisher der Fall gewesen ist, zugunsten der gelben Arbeiterverbände einzutreten. Wer der Heberzeugung lebt, daß die rapide Entwicklung der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung der Gesamtheit der Nation zum Unheil ausschlagen muß, wer die Anschauung teilt, daß die Bekämpfung der kommunistischen Verleumdungen in erster Linie Sache des geeinten Unternehmertums ist, der wird auch ohne weiteres zugeben müssen, daß die Arbeitgeber mit Arg und Recht an die Verbände derjenigen unter ihren Arbeitern appellieren dürfen, die sich, des Zwanges der sozialdemokratischen Partei müde, auf ihre Seite schlagen möchten. Man wird uns vielleicht vorhalten, daß wir selbst den üppig ins Kraut schießenden Neubildungen solchen Schläges von vornherein mit einer gewissen Zurückhaltung entgegenzutreten. Hierzu aber waren wir veranlaßt, weil wir mit der Zeit verlernt haben, blindgläubig auf die Weltwirkung jeder neuen Theorie zu vertrauen. Nachdem nunmehr von sozialdemokratischer Seite aus über die „Gelben“ ein derartiges Maß von Angriffen und Beschimpfungen geföhrt wird, daß die Anfeindung der wegen ihres mildernden Radikalismus bestgeachteten christlichen und durch Dunderidien Arbeiterkorporationen weit hinter sich läßt, stehen wir nicht an, ihnen doch eine nicht unwesentliche Bedeutung für die fernere Zukunft zuzusprechen. Die deutschen Gewerkschaften werden den Gelben nur eine „unwesentliche“ Bedeutung beimessen, aber sie werden dieser mit dem Gelde der Unternehmer ausgehaltenen „Bewegung“ die Aufmerksamkeit widmen, die notwendig ist, um Schädigungen der Arbeiter fernzuhalten. Die besten Bundesgenossen in der Bekämpfung der Gelben sind die Arbeitgeber, die auf die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ schwören. Ihre bloße Scharfmacherhandlung, ihre Abneigung gegen jeden Fortschritt auf sozialem Gebiet und ihr Vorsehen, die Löhne der Arbeiter um jeden Preis niederzuschlagen, sorgen dafür, daß auf die Tauer die gelbe Bewegung nicht zu halten ist, wenn auch dieses Unternehmertum mehr als bisher die gelben Vereine fördert. Was dann noch zu tun übrig bleibt, und es wird nicht viel sein, um diese Schutztruppen der Unternehmer aufzureiben, werden die Gewerkschaften schon besorgen!

Eingegangene Schriften und Bücher.

Kommunale Praxis. Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Eidekmann. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Vierteljahrsheft 69 Nr. 27 und 28. Vierteljährlich nur 2,50 Mk. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag zu beziehen.

Die Neue Zeit. Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 41 u. 42 des 25. Jahrg. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Die Neue Gesellschaft. Sozialistische Zeitschrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braum und Elin Braum. Verlag: Berlin W. 15, Meinelstr. 5. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk. 3. Jahrgang. Heft 3 u. 4.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. Verlag: Georg Meiner. Nr. 29 des 10. Jahrg. Süddeutscher Postillon. Verlag: M. Ernst in München. Senefelderstr. 4. Nr. 15. Preis pro Nummer 10 Pf.

Im Kampfe um das Sein. Praktische Bibliothek. Band V. Wer hat recht? Der Prinzipal oder sein Angestellter? Rechtsbuch

Verlag: In Vertretung des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter (H. Rittmann, Verantwortlicher Redaktor, G. Zittmer, beide Berlin W. 30, Unter den Eichen 24) und: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 60

für Prinzipale und Untergebene in Handels- und gewerblichen Betrieben. Zugleich ein Handbuch für die Vorstände der kaufmännischen und gewerblichen Schiedsgerichte. Ein Ratgeber von Rechtsanwalt P. Ellmerdorf. Verlag von Hermann Schneider Nachf., Bonn. Preis brosch. 1 Mk.

Die Alkoholfrage und ihre Lösung. Von Dr. med. Georg Meierstein. 20 S. 8°. Preis 10 Pf. Vom gleichen Verfasser: Moderne Arbeiterbewegung und Alkoholfrage. 11 S. 8°. Preis 20 Pf. Verlag: Deutscher Arbeiter-Unionen-Bund, Johannes Michaelis, Berlin S. 12, Luisen-Str. 55. Der Verfasser gibt in der ersten Schrift in großen Zügen ein Bild der Alkoholfrage überhaupt. Seine Ausführungen spielen in dem Sage: „In der Stellung, die der Mensch zur Alkoholfrage einnimmt, offenbart sich oft sein ganzes Verhalten zur Menschheit“. — In der anderen Schrift versucht der Autor den Nachweis zu führen, daß die moderne Arbeiterbewegung auf Grund ihrer Verhältnisse gezwungen ist, sich mit der Alkoholfrage zu befassen. Der Verfasser fordert von allen denen, die in der Arbeiterbewegung stehen, ein händiges Studium der Alkoholfrage. Wir glauben unseren Lesern keinen besseren Rat geben zu können, als die Schriften selbst zu lesen.

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen. Von Paul Dirsch. Zweite, völlig umgeänderte und vermehrte Auflage. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 2 Mk., gebunden 2,50 Mk. Die Schrift zerfällt in fünf Abschnitte. Der erste schildert die Beziehungen zwischen Verbrechen und Prostitution, der zweite gibt einen Überblick über die Leben der kriminal-anthropologischen Methode und die positive Strafrechtslehre. Im dritten Abschnitt werden uns an der Hand eines umfangreichen Materials die sozialen Ursachen von Verbrechen und Prostitution im einzelnen vor Augen geführt. Nachdem wir sodann das Wesen der geistigen und geistig minderwertigen Verbrecher kennen gelernt haben, werden uns im letzten Abschnitt die Maßnahmen zur Bekämpfung des Verbrechens und der Prostitution geschildert. Wir finden die Ausführlichkeit des Stempels innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, den Bankrott des heutigen Strafrechts, zugleich aber eröffnet sich uns ein weiterer Blick in die Zukunft durch den Nachweis, wieviel durch eine vernünftige Sozialpolitik zur Bekämpfung dieser beiden Uebel geschehen kann und wie schließlich in einer sozialistischen Gesellschaft Prostitution und Verbrechen, wenn auch nicht gänzlich verschwinden, so doch im Gegensatz zu heute nur noch vereinzelte Erscheinungen sein werden.

Verbandsteil.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß die vom Verbandsvorstand beantragte Änderung des § 11 Abs. 2 des Statuts, bei der am 29. und 30. Juni sowie 1. Juli d. J. stattgehabten Abstimmung nahezu einstimmig angenommen worden ist. Näheres über die praktische Durchführung dieses Beschlusses geht den Filialleitungen auf dem Zirkularwege zu.

Die Delegiertenwahl zum internationalen Kongress und zur internationalen Konferenz hat ergeben, daß Altvaer, Stuttgart, Sebold, München und Bürger, Hamburg Kongressdelegierte, sowie Vösch, Dresden, Schäfer, Köln und Buchta, Berlin Konferenzdelegierte sind. Die ziffernmäßige Zusammenstellung des Wahlergebnisses erfolgt in nächster Nummer.

An neuen Filialen wurden im zweiten Quartal 1907 errichtet: Augsburg, Bremerhaven, Eberswalde, Effen, Frankfurt, Frankfurt a. M., Freiburg i. S., Fuchtwalde, Gießen, Labr. i. V., Landsberg a. d. W., Lübeck, Potsdam, Reichenhall, Sonneberg und Spandau.

Für den Verbandsvorstand:
Albin Wobbs.

Verammlungskalender

Lübeck. Mitgliederversammlung am Freitag, den 2. August, abends 8¹/₂ Uhr im Vereinshaufe, Johannisstraße 50/52

Totenliste des Verbandes.

Martin Zoos, Straßburg i. Ell.,
† 13. Juli 1907 im Alter von 64 Jahren.
Ehre seinem Andenken!